

DIE UNIONSVEREINIGUNG SUDOIMPORT

offeriert:

Hochseeschiffe, Trockenfrachter, Tanker, Kühlschiffe, Fischlogger, Tragflächenboote, Schlepper, Bagger, Saugbagger, Schwimmdocks, Motorboote für Ausflüge und Sportboote;

an Schiffsausrüstungen: Dieselmotoren, Turbinen, Dieselgeneratoren, Kessel, Pumpen, Kompressoren, Deckmechanismen, Elektromotoren, Radar- und Navigationsgeräte sowie Einrichtungen für Kombüsen und Wäschereien;

SUDOIMPORT übernimmt auch die technische Betreuung von Schiffen und Schiffsausrüstungen.

Offerten erbeten über See- und Flußschiffe, Fischereifahrzeuge, Bagger, Saugbagger usw. SUDOIMPORT überholt Schiffe im Ausland.

Unsere Anschrift:

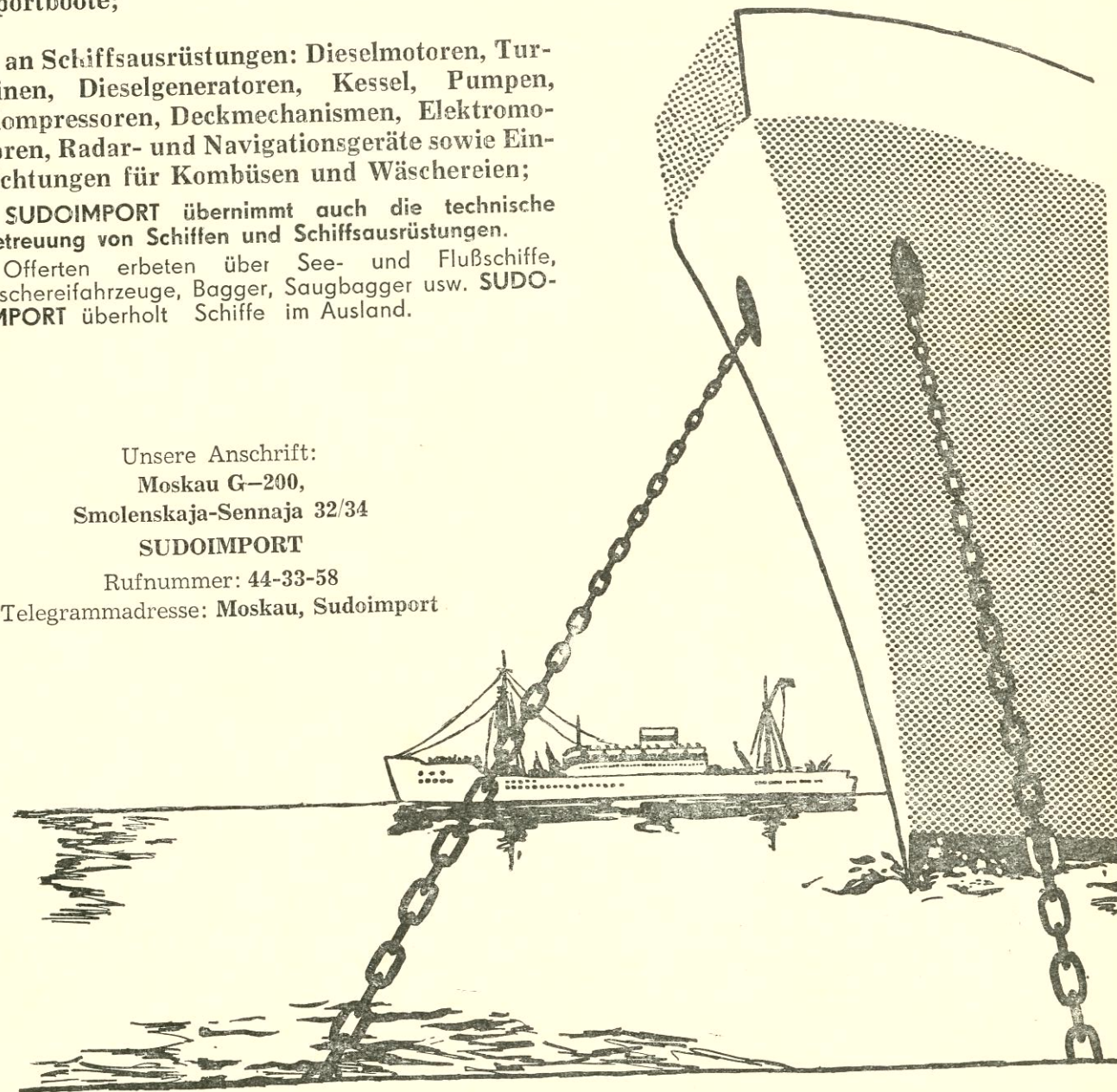
Moskau G-200,

Smolenskaja-Sennaja 32/34

SUDOIMPORT

Rufnummer: 44-33-58

Telegrammadresse: Moskau, Sudoimport



На немецком языке

NEUE ZEIT

Neue Grundsätze des Völkerrechts

Die „Transformation“ des britischen Imperialismus

Bundeswehr-Drall in der NATO

Ein japanisches Schwarzbuch

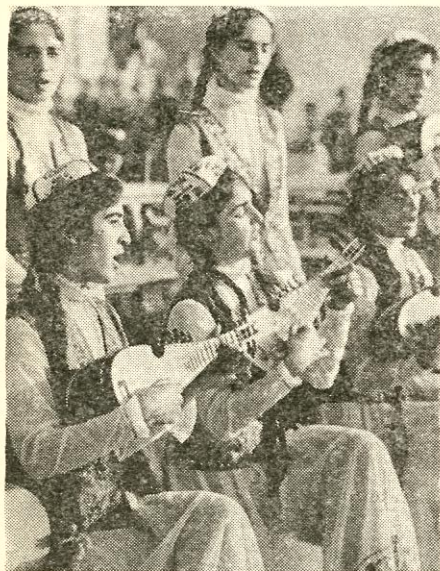
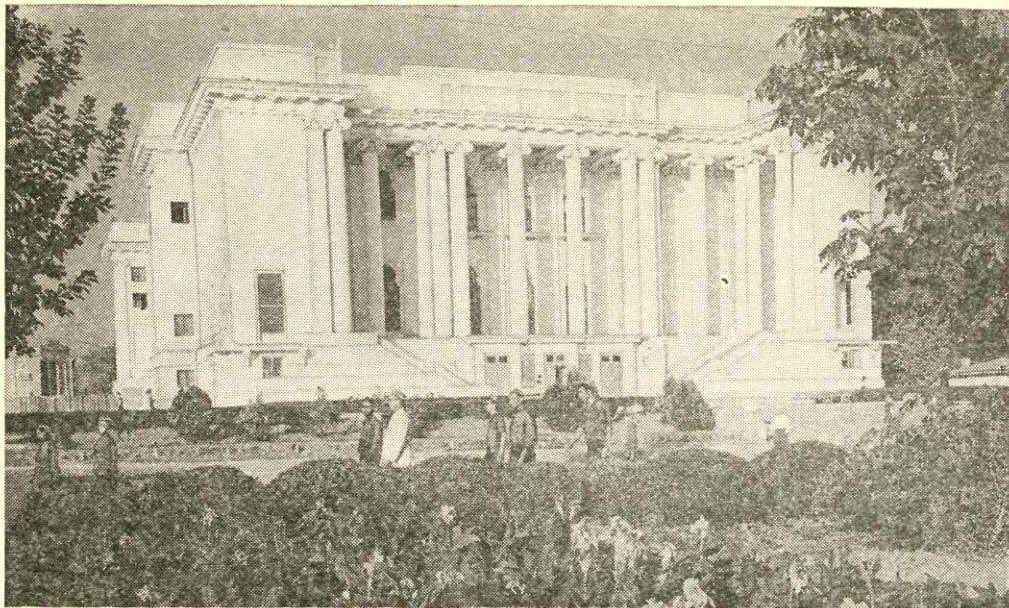
L. Lagin: Eine phantastische Geschichte

35

30. AUGUST

1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



Kunst und Künstler Sowjettadshikistans

Im August gewährten die Mitglieder der Tadshikischen Aini-Staatsoper, Sänger, Tänzer, Musiker und Dichter Moskau Einblick in die Literatur und Kunst Tadshikistans.

Oben: Tadshikische Staatsoper in Duschanbe; Mirso Tursun-Zadeh, ein bekannter Dichter; Mitte links: Ensemble von Rubobi-Spielerinnen; rechts: Szene aus dem Ballett „Ein Sohn der Heimat“; unten: Szene aus der Oper „Der vornehme Bräutigam“

NEUE ZEIT

Nr. 35

30. August 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 25. August erschienen.

In diesem Heft:

| | |
|---|----|
| Unser Kommentar: „Große Politik“ • Das Abkommen in Bagdad | 1 |
| Prof. G. Tunkin — Neue Grundsätze des Völkerrechts | 3 |
| V. Tschernjowski — Bundeswehr-Drill in der NATO | 6 |
| Brief an UNO-Generalsekretär U Thant | 7 |
| V. Bereshkow — Labyrinth und Labyrinth | 8 |
| J. Tabrow — Die „Transformation“ des britischen Imperialismus | 11 |
| A. Grigorians — H.-C. Paulsens Rezept | 14 |
| Milan Hladký — Bratislava wird modernisiert | 16 |
| Die Ernte in der DRV | 17 |
| Alvo Fontani — Die Tragödie der italienischen Auswanderer | 18 |
| G. Wlassow — Umstellung im Hause Rothschild | 20 |
| Internationale Umschau | 22 |
| L. Lugin — Der Polyanalysator des Bruce D. Irving (Eine phantastische Geschichte) | 24 |
| J. Rubinski — Auf Kap Verde (Reiseeindrücke) | 28 |
| V. Kitorow — Ein Treffen junger Wissenschaftler | 30 |
| J. Worobjow — Ein japanisches Schwarzbuch (Bücherschau) | 31 |
| Biographisches: Chau Sen Cocsal | |
| • Faysal Al Saleh Al Mutawa | 27 |
| Leserbriege | 17 |
| Chronik | 32 |

„Große Politik“

Über die Untaten des griechischen Faschismus sickert immer mehr durch. In den bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften, namentlich den westdeutschen, englischen und schwedischen, wird über himmelschreiende Einzelheiten der Verbrechen geschrieben, die die griechische Militärclique begeht. Die Konzentrationslager, mit denen das unglückliche Land übersät ist, die Leiden der politischen Gefangenen (unter denen gebrechliche Greise, Frauen, sogar Schulkinder sind), all das berechtigt uns, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sprechen.

Es ist Tatsache, daß trotz der Lehren des zweiten Weltkrieges auch heute in Europa faschistische Unmenschen und Kasernenhofstrategen sich erfreuen können, die Demokratie abzuwürgen und das Volk mit Nazimethoden zu drangsaliieren.

Das können sie aber nur dank der Unterstützung durch die westlichen Kreise, die sich als den Hort der wahren Demokratie bezeichnen. Denn wer hat die Abscheulichkeiten des militärfaschistischen Regimes in Griechenland inspiriert, wenn nicht die englischen und die amerikanischen Imperialisten? Die griechische Monarchie und ihr Militärklüngel sind eng verbunden mit den einflußreichsten Sphären Großbritanniens. Und ein Washingtoner Amt, dessen Namen die Spatzen von den Dächern pfeifen, hat die ganze „organisatorische Seite“ der Verschwörung der griechischen Reaktion in der Hand gehabt.

Es ist heute wohl bekannt, wer den Angriff auf die griechische Demokratie anstiftete und finanzierte. Die monströsen Taten der griechischen Gendarmen enthüllen darum den moralischen Tiefstand, die politischen Sitten ebenjener westlichen Bourgeoisie, die sich für den Eckpfeiler der freien Welt ausgibt, viel Aufhebens von ihren demokratischen Traditionen macht und nicht genug von der Freiheit der Persönlichkeit und den Menschenrechten reden kann. Aber diese westliche Demokratie soll nur den Obskurantismus, das Blut und den Schmutz der faschistischen Methoden beschönigen.

Die „schwarzen Obersten“ in Athen fürchten das Volk und kennen nur eine Regierungsmethode: den Terror. Einschüchtern, knebeln — das ist für sie die Hauptsache. In ganz Athen wird „gesäubert“, selbst in der Armee, selbst in den Ministerien. Der griechische Faschismus verfolgt nicht nur seine Gegner von links, nicht nur grundsätzliche Feinde des Imperialismus und der imperialistischen Politik. Die Athener Junta macht auch mit den Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, den „Gemäßigten“, nicht viel Federlesens, mit denen, die innerhalb bestimmter Grenzen mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus zusammenarbeiten. All das kompromittiert die Gönner der Athener Junta. Und wenn die griechische Regierung offi-

ziell erklärt, Papandreou werde unter normalen Verhältnissen in Haft gehalten und genieße in seinem Kerker sogar „Bequemlichkeiten“, so ist das nur wieder ein Versuch, die öffentliche Meinung im Westen zu beschwichtigen, ein Entlastungsversuch für diejenigen, die die eigentliche Schuld am Martyrium des griechischen Volkes tragen.

Aber mit solchen Erklärungen läßt sich nichts ändern und niemand entlasten. Die Vorgänge in Griechenland klagen vor allen Dingen den Imperialismus an, enthüllen seine Ideologie und seine Politik. Die griechische Demokratie, das griechische Volk sind ein Opfer jener strategischen Pläne, die auf die Befestigung des militärischen Brückenkopfes der Imperialisten im Mittelmeerraum abzielen. Sie brauchen diesen Brückenkopf für ihre neokolonialistischen Vorhaben, zur Entfesselung „lokaler“ Kriege.

Hier sind die Wurzeln der faschistischen Verbrechen in Griechenland zu suchen. Verantwortlich für sie sind nicht nur die ausführenden Henker, die Söldlinge der griechischen Reaktion und des amerikanischen Geheimdienstes. Verantwortlich für sie sind die Planer und Leiter der „großen Politik“ Washingtons und Londons.

Das Abkommen in Bagdad

In Bagdad hat eine Konferenz der Finanz-, Wirtschafts- und Erdölminister arabischer Länder getagt. Anwesend waren fast 80 Vertreter der 13 Länder, die der Arabischen Liga angehören, ferner der erdölgewinnenden Länder am Persischen Golf: der Bahrein-Inseln, Katars und Abu-Zabis. Die Konferenz war ein Auftakt zu der arabischen Gipfelkonferenz, die demnächst in Chartum zusammentreten soll.

Einer AP-Meldung vom 20. August zufolge hat die Beratung „einstimmig konstruktive Empfehlungen betreffs wirksamer Maßnahmen beschlossen, die auf die Beseitigung der Folgen der zionistisch-imperialistischen Aggression abzielen“.

Was diese Empfehlungen vorsehen, ist eine politische Regelung der Lage im arabischen Osten im Verein mit Maßnahmen wirtschaftlicher Einwirkung auf Israel und seine Verbündeten. Die Anregung zu wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Israels westliche Bundesgenossen ging von der irakischen Regierung aus. Ihr Plan, der in Bagdad offenbar gebilligt worden ist, sieht vor, daß am 1. September d. J. eine

Totalsperre für die Ausfuhr arabischen Erdöls nach den westlichen Ländern in Kraft tritt. Das ist eine wirtschaftliche Kriegserklärung an diese Länder.

Wenden wir uns den Zahlen zu.

Auf die arabischen Länder entfällt rund ein Viertel der gesamten Ölgewinnung der kapitalistischen Welt. Der libanesischen *Al-Anwar* zufolge werden dem Weltmarkt bei voller Einstellung der arabischen Öllieferung täglich 10,2 Mill. Barrel Erdöl verloren gehen. Europas Importmöglichkeiten werden bestenfalls 3,5 Mill. Barrel täglich betragen.

Der irakische Plan sieht in seinem ersten Teil wirtschaftliche Druckmaßnahmen gegen die Staaten vor, die auf Israels Seite gegen die arabischen Länder vorgehen, sein zweiter Teil betrifft Maßnahmen zur Festigung der Wirtschaft der arabischen Länder.

Öl ist die wirksamste Waffe der Araber. Zusammen mit Iran liefern die Araber fast 75 Prozent des Erdöls, das in der Welt exportiert wird. Der Nahe Osten besitzt zusammen mit Iran und Nordafrika drei Viertel aller Erdölvorräte der Welt und liefert Ölprodukte der höchsten Qualität.

Wie die westliche Presse berichtet, wurde in Bagdad vereinbart, die in der arabischen Welt tätigen Erdölgesellschaften der USA und Englands schrittweise zu nationalisieren. Auch wurde beschlossen, einige Banken und Versicherungsgesellschaften zu arabisieren, d. h. den arabischen Staaten zu übereignen, und eine Neuregelung des Konzessionssystems in den arabischen Ländern zu treffen.

Die arabischen Staaten haben ferner dem Plan zugestimmt, einen gemeinsamen Devisenfonds zu bilden und ihre Guthaben aus den westlichen Banken zurückzuziehen. Das ist eine weittragende Maßnahme, denn die Araber haben in den Banken der USA und Englands mehr als 4 Milliarden Dollar gut, und ihre Konten in England allein belaufen sich auf rund 500 Millionen Pfund Sterling. Das gleicht fast der Hälfte der britischen Devisenreserven.

Die Lage im arabischen Osten ist außerordentlich ernst. Israel sucht sich der Früchte der Aggression zu bedienen und die besetzten Gebiete zu annektieren. Es wird dabei von den imperialistischen Staaten unterstützt. Die arabischen Länder sind für eine politische Beilegung des Konflikts, doch ist diese unmöglich, wenn Israel die geraubten Gebiete nicht verläßt. Die Beratung in Bagdad hat gezeigt, daß die arabische Welt den Versuch macht, ihren Gegnern mit höchst wirksamen Mitteln beizukommen. Der Schlag gegen die Ölmonopole trägt nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakter.

Prof. Dr. habil.
Grigori TUNKIN

Neue Grundsätze des Völkerrechts



Der Sowjetstaat ging daran, in den Beziehungen zwischen den Völkern und Ländern neue Grundsätze durchzusetzen.

Aus den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU
„50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution“

Die erste sozialistische Revolution der Welt bedeutete den Anfang einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft. Mit ihr begann auch eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts. Seit dem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts entwickelt sich das Völkerrecht unter dem Einfluß der Ideen des Großen Oktober.

Heute stützen sich die friedliebenden Staaten und Völker im Kampf gegen die Aggression auf ein Völkerrecht, das bewaffnete Aggression als schwerstes internationales Verbrechen qualifiziert und das Recht eines jeden Volkes proklamiert, über seine Angelegenheiten ohne Einmischung von außen zu entscheiden.

Es denkt aber kaum jemand darüber nach, daß es vor fünfzig Jahren solche Rechtsnormen nicht gab. Vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erkannte das Völkerrecht das Recht des Staates auf Krieg (*jus ad bellum*) an, d. h. das Recht eines Staates, zum Krieg zu greifen, um seine Ansprüche einem anderen gegenüber durchzusetzen. Mehr noch, ein Staat hatte das Recht, einen anderen Staat zu vernichten: „Das Völkerrechtssubjekt hat ein Recht, ein aus der Völkergemeinschaft fließendes Individualrecht, andere Personen gleicher Art ganz oder teilweise zu vernichten, indem es Besitz ergreift von dem, worin sie zur körperlichen Erscheinung kommen, d. h. durch den Erwerb des Staatsgebiets“, schrieb 1898 Max Huber, ein bekannter schweizerischer Völkerrechtler.

Das Völkerrecht sah damals auch keine Verantwortung für eine Aggression vor, da es kein Verbot eines Aggressionskrieges gab. Ein beliebiger Krieg zwischen Staaten galt als berechtigt. Daraus ergab sich das Recht des Siegers: Welcher kriegführende Staat auch siegen mochte, der Sieger hatte immer recht und konnte ganz legitim dem Besiegten seine Bedingungen diktieren.

Die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker waren gleichfalls nicht allgemein

anerkannte Völkerrechtsgrundsätze. Von den schwach entwickelten Ländern hieß es, für sie gelte das Völkerrecht nicht. Prof. F. Martens, einer der bekanntesten russischen Völkerrechtler, schrieb: „Die räumliche Wirkung des Völkerrechts ist auf die Völker beschränkt, die sich zu den Grundsätzen der europäischen Kultur bekennen und des Namens gebildeter Völker würdig sind.“

Die imperialistischen Mächte führten Kolonialkriege, raubten Gebiete in Asien und Afrika und teilten sie unter sich auf, unterjochten die Völker, und all dies in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

In dieser Atmosphäre des imperialistischen Raubs, der Gewalt und der schonungslosen Ausbeutung der schwachen Völker erklangen mit ungeheurer Kraft die historischen Worte des Leninschen Dekrets über den Frieden: Ein Aggressionskrieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, die Herrschaft einer Nation über eine andere ist unzulässige Gewalt. „Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkern unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit“, hieß es im Dekret über den Frieden.

Der Sowjetstaat, der eben erst aus der Revolution hervorgegangen war, forderte „alle kriegführenden Völker und ihre Regierungen“ auf, einen gerechten demokratischen Frieden zu schließen. „Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkernschaften) und ohne Kontributionen“. Das Dekret über den Frieden verkündete das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung, auf freie Entscheidung über seine politische Zukunft, auf die Entscheidung seiner Angelegenheiten ohne fremde Einmischung. Jeder Verstoß gegen dieses Recht, erklärte das Dekret, ist „eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung“.

Im Dekret über den Frieden und in den anderen Dokumenten des jungen Sowjetstaates wurden neue Völkerrechtsprinzipien gesetzt, womit eine grundlegende Umgestaltung des Völkerrechts begann.

Der Einfluß dieser Prinzipien äußerte sich vor allem in

dem Teil des Völkerrechtes, der sich unmittelbar auf die Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit bezieht. Der Sowjetstaat ging in seiner Außenpolitik von diesen Prinzipien aus und war bestrebt, ihnen in Verträgen mit anderen Ländern dauernde Geltung zu verschaffen und ihre allgemeine Anerkennung zu erreichen.

Der im Dekret über den Frieden verkündete Grundsatz des Verbots eines Aggressionskrieges fand seine international-vertragliche Erhärtung in Verträgen des Sowjetstaates mit Persien, Afghanistan und der Türkei, die im Jahre 1921 geschlossen wurden. Weiter entwickelt wurde dieser Grundsatz in den Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen, die die UdSSR am 17. Dezember 1925 mit der Türkei und am 1. Oktober 1927 mit Persien abschloß. „Jede der vertragschließenden Seiten“, hieß es im Vertrag mit der Türkei, „verpflichtet sich, sich jeden Überfalls auf die andere zu enthalten... an keinem feindseligen Schritt einer dritten Macht oder mehrerer dritter Mächte gegen den anderen Vertragspartner teilzunehmen.“

Allmählich faßte dieses Prinzip auch im allgemeinen Völkerrecht festen Fuß. Die Völkerbundssatzung enthielt noch kein Verbot eines Aggressionskrieges, obwohl sie das Recht der Signatarstaaten, zum Krieg zu greifen, einschränkte. Aber in vielen Völkerbundsdokumenten trat die vom Sowjetstaat unermüdlich propagierte und von der fortschrittlichen Öffentlichkeit unterstützte Idee von der Achtung und vom verbrecherischen Charakter eines Aggressionskrieges deutlich zutage. So hieß es in dem von der Vollversammlung des Völkerbundes 1923 angenommenen Entwurf eines Vertrages über gegenseitige Hilfe (der aber in seinen Anfängen stecken blieb), daß „ein Aggressionskrieg ein internationales Verbrechen ist“. In der von der Vollversammlung des Völkerbundes 1927 beschlossenen Deklaration über Aggressionskriege wurde ein solcher Krieg gleichfalls als ein internationales Verbrechen qualifiziert.

Der Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 war der erste multilaterale internationale Vertrag, in dem das Verbot eines Aggressionskrieges ausgesprochen war. Die Unterzeichner des Paktes erklärten, daß sie „den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und in ihren Beziehungen zueinander auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik verzichten“.

Nach dem zweiten Weltkrieg stellte die UNO-Charte eine weitere wichtige Etappe bei der Entwicklung dieses Prinzips dar. Die UNO-Charte beschränkt sich nicht darauf, den Aggressionskrieg zu verbieten, sondern sie verbietet auch Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, wodurch sie den Imperialisten die Möglichkeit nimmt, eine bewaffnete Aggression durch Berufungen auf „Polizeiaktionen“, auf Maßnahmen zum „Schutze ihrer Bürger“ u. dgl. m. zu rechtfertigen.

Das Aufkommen des Prinzips, nach dem der Aggressionskrieg verboten ist, eines Prinzips, das später zum Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt erweitert wurde, ist eine der wichtigsten Veränderungen, die nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Völkerrecht eingetreten sind. Die Durchsetzung dieses Prinzips hat dazu geführt, daß das „Recht des Siegers“ nicht mehr gilt. Ein Sieg bietet keine Rechte. Nach dem modernen Völkerrecht ist ein Angreiferstaat nicht einfach Partei in einem bewaffneten Konflikt: Er hat den schwersten Verstoß gegen das Völkerrecht und damit ein Verbrechen begangen, für das er die politische und materielle Verantwort-

tung tragen muß. Bestimmend für die juristischen Folgen eines Krieges ist nicht mehr das „Recht des Siegers“, sondern die Verantwortung, die er durch einen Aggressionskrieg auf sich lädt.

Die Idee vom verbrecherischen Charakter eines Aggressionskrieges, wie sie im Dekret über den Frieden zum Ausdruck gebracht wurde und später in einer Reihe von internationalen Dokumenten ihren Niederschlag fand, ist zu einem gültigen Völkerrechtsprinzip geworden. Maßgeblich für die Verantwortung, die ein Staat zu tragen hat, ist die Feststellung vom „verbrecherischen Charakter“ eines Aggressionskrieges. Mit ihr wird die besondere Gefährlichkeit der von dem betreffenden Staat begangenen Verletzung des Völkerrechtes hervorgehoben, und sie bedeutet, daß er durch eine solche Verletzung eine schwere Verantwortlichkeit auf sich lädt. Zugleich umschließt dieses Prinzip die kriminelle Verantwortlichkeit der konkreten Personen, die sich der Vorbereitung, Entlassung und Führung eines Aggressionskrieges schuldig gemacht haben.

Einen gewaltigen revolutionierenden Einfluß hatten die von der Oktoberrevolution verkündeten Grundsätze der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker. Alfred Cobban, ein bürgerlicher Forscher in England, der diese Frage untersuchte, mußte feststellen: „In ihrer Friedensdeklaration vom 8. November 1917 haben die Sowjets das Selbstbestimmungsprinzip in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt, und seitdem verteidigen sie es unter allen Umständen.“

Die beharrlichen Bemühungen der Sowjetunion und aller fortschrittlichen Kräfte, die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker und Nationen im allgemeinen Völkerrecht zu verankern, sind nicht umsonst gewesen. Vor allem kamen diese Prinzipien in den zweiseitigen Verträgen des Sowjetstaates mit Ländern des Ostens zur Geltung. So wurde in dem Vertrag, der am 26. Februar 1921 zwischen der RSFSR und Persien unterzeichnet wurde, „das Recht eines jeden Volkes auf freie und ungehinderte Entscheidung über seine politische Zukunft“ hervorgehoben. In dem Vertrag zwischen Rußland und der Türkei vom 16. März 1921 wurden die „Prinzipien der Brüderlichkeit der Nationen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ proklamiert.

Als die UNO-Charte ausgearbeitet wurde, war die Sowjetunion bemüht, in ihr den Prinzipien der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker als Völkerrechtsgrundsätzen Geltung zu verschaffen. Auf Initiative der Sowjetunion wurde Artikel 1 der UNO-Charte mit dem Hinweis versehen, daß eines der Ziele der Organisation der Ausbau freundschaftlicher Beziehungen unter den Nationen „auf der Grundlage der Respektierung des Prinzips der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker“ ist. Die Sowjetunion setzte auch durch, daß in die Artikel der Charta, die die Treuhandschaft und die Territorien ohne Selbstverwaltung betreffen, fortschrittliche Bestimmungen aufgenommen wurden. Wie die Erfahrung gezeigt hat, waren die diesbezüglichen Bestimmungen der UNO-Charte, obgleich nicht vollkommen, ein wichtiges Werkzeug im Unabhängigkeitskampf der Völker. Sie fanden ihre weitere Entwicklung in der von der UNO-Vollversammlung 1960 auf Antrag der Sowjetunion angenommenen Deklaration über die Gewährleistung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker.

Das moderne Völkerrecht bestätigt das Recht eines jeden Volkes, seine Angelegenheiten ohne fremde Einmischung zu entscheiden, und ächtet den Kolonialismus in allen Formen und Erscheinungen.

War das Völkerrecht zuvor ein Werkzeug der Kolonialherrschaft, so ist es nun ein Mittel zur Befreiung der Völker und zur Gewährleistung ihrer nationalen Unabhängigkeit.

Wichtig für die Entwicklung des Völkerrechtes war die im Dekret über den Frieden verkündete Idee von der Ungültigkeit ungleicher Verträge. Als die Sowjetregierung an die Veröffentlichung der von Rußland geschlossenen Geheimverträge ging, erklärte sie: „Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.“

Der Sowjetstaat schloß mit den Ländern des Ostens Verträge auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und der Respektierung ihrer Souveränität. Im Vertrag zwischen der RSFSR und Persien vom 26. Februar 1921 sprach die Sowjetregierung abermals feierlich den „unwiderruflichen Verzicht Rußlands auf die Politik der Gewalt aus, die die imperialistischen Regierungen Rußlands, welche nach dem Willen seiner Arbeiter und Bauern gestürzt sind, Persien gegenüber übten“. In dem Vertrag hieß es: „Dementsprechend und in dem Wunsche, das persische Volk unabhängig, gedeihend und in freier Verfügung über alles ihm Gehörende zu sehen, erklärt die Sowjetregierung Rußlands alle Traktate, Verträge, Konventionen und Abkommen, die die ehemalige zaristische Regierung mit Persien geschlossen hatte und die die Rechte des persischen Volkes schmälerten, für aufgehoben und null und nichtig.“

In dem Vertrag zwischen der RSFSR und der Türkei vom 16. März 1921 wurden alle Verträge, die zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen worden waren, für „aufgehoben und ungültig“ erklärt, da die Signatare feststellten, daß sie „den beiderseitigen Interessen nicht entsprechen“.

In dem Abkommen zwischen der UdSSR und der Republik China vom 31. Mai 1924 vereinbarten die Partner die Annullierung „aller Konventionen, Verträge, Abkommen, Protokolle, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung Chinas und der Zarenregierung geschlossen worden waren, und ihre Ersetzung durch neue Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit...“

Dieses Vorgehen des Sowjetstaates schlug eine Bresche in das System der ungleichen Verträge, die durch das damals gültige Völkerrecht sanktioniert wurden. Der neue Grundsatz der Ungültigkeit ungleicher Verträge, der im Dekret über den Frieden proklamiert und vom Sowjetstaat in die Tat umgesetzt wurde, durchdrang trotz des Widerstandes der Kolonialmächte allmählich das Völkerrecht. Heute ist er ein gültiges Völkerrechtsprinzip, auf das sich die jungen Staaten im Kampfe gegen die ihnen aufgezwungenen Verträge stützen.

In den Dokumenten der Oktoberrevolution fand der von W. I. Lenin entwickelte Leitsatz über die friedliche Koexistenz der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten,

d. h. von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, seine Verwirklichung. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz war das Leitmotiv des Dekrets über den Frieden. Als Lenin auf dem II. Sowjetkongreß, der das Dekret über den Frieden annahm, über die Verträge Rußlands sprach, erklärte er: „Wir lehnen alle Punkte über Raub und Vergewaltigung ab, aber alle Punkte, die gutnachbarliche Beziehungen und wirtschaftliche Abkommen festlegen, nehmen wir gern an, sie können wir nicht ablehnen.“

In der Resolution, die der VII. Allrussische Sowjetkongreß im Dezember 1919 auf Antrag Lenins annahm, hieß es: „Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wünscht mit allen Völkern in Frieden zu leben...“

Die herrschenden Kreise der imperialistischen Mächte nahmen den Vorschlag des Sowjetstaates, sich in den Beziehungen zwischen den Staaten beider Systeme vom Prinzip der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen, mit Feindschaft auf. Sie antworteten darauf mit der Weigerung, den sozialistischen Staat anzuerkennen, mit Verschwörungen und Sabotageakten, mit Versuchen diplomatischer Isolierung, mit der Wirtschaftsblockade und mit bewaffneter Intervention. Das Scheitern dieser Politik und die wachsende Macht des Sowjetlandes mußten schließlich zur Anbahnung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern führen. Hand in Hand damit ging die völkerrechtliche Verankerung des Prinzips der friedlichen Koexistenz. Heute gehört es zu den wichtigsten Grundsätzen des Völkerrechtes.

Die fortschrittliche Entwicklung dieses Rechtes stand stets im Zusammenhang damit, daß die völkerrechtlichen Ideen der Oktoberrevolution in ihm durchgesetzt wurden. Dank der Sowjetunion und dann auch der anderen sozialistischen Länder und fortschrittlichen Kräfte hat sich in seinen Normen ein grundlegender Wandel vollzogen.

Zuvor ein Recht, das die Herrschaft der Gewalt in den internationalen Beziehungen, die koloniale Unterdrückung und die Ungleichheit in den verschiedenen Formen heiligte, ist es nun ein Recht des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Unabhängigkeit der Völker. Das moderne Völkerrecht hindert die Imperialisten bei ihrer Aggressionspolitik. Darum verstoßen die imperialistischen Mächte, vor allem die USA, häufig gegen das Völkerrecht und suchen Sätze des alten Völkerrechtes, die längst der Vergangenheit anheimgefallen sind, als gültige Grundsätze und Normen hinzustellen. Die Imperialisten arbeiten der weiteren Entwicklung des Völkerrechtes entgegen.

Natürlich steht noch ein schwerer Kampf bevor, besonders für den Ausbau und die Respektierung jener Prinzipien und Normen des Völkerrechtes, die der Gewährleistung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Unabhängigkeit der Völker gelten. Größte Bedeutung gewinnt unter den jetzigen internationalen Verhältnissen der Kampf der fortschrittlichen Kräfte für die strikte Respektierung der völkerrechtlichen Grundsätze und Normen, dafür, daß der an der Verletzung solcher Grundsätze Schuldige, besonders in Fällen von Aggression, tatsächlich zur Verantwortung gezogen wird.

Die entwicklungsfördernde Rolle der völkerrechtlichen Ideen der Oktoberrevolution ist bei weitem nicht erschöpft. Die gesetzmäßigen Wandlungen des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des Friedens werden diese fortschrittlichen Ideen eine noch größere Rolle bei der Entwicklung des Völkerrechtes spielen lassen.

Bundeswehr-Drall in der NATO

In Bonn ist man befriedigt: Bundeskanzler Kiesinger hat nicht vergebens vier schwüle Sommertage in Washington verbracht, um sich mit Präsident Johnson zu treffen. Wie die *Rheinische Post* schreibt, betrachten die Bundesregierung und die Regierungsparteien die Verhandlungen Kiesingers mit Präsident Johnson als einen Erfolg, der einen wohlthuenden Einfluß auf die künftige Zusammenarbeit beider Länder ausüben werde.

Trotz der Verschwommenheit der Formulierung bieten die gemeinsame Erklärung, in der die Ergebnisse der Besprechungen zusammengefaßt werden, wie auch Kiesingers Rede im Nationalen Presseklub der USA die Möglichkeit, zu erkennen, warum man in Bonn zufrieden ist und warum die westdeutschen wie auch die amerikanischen Zeitungen betonen, daß der Kanzler mit dem Präsidenten „von gleich zu gleich“ sprach. Washington, das in zwei sehr aufwendige Kriege versumpft ist (in Vietnam und im eigenen Land gegen die Neger), sucht bei seinem westeuropäischen Alliierten Nr. 1 Unterstützung, und Kiesinger ist es gelungen, die wichtigsten Anliegen durchzusetzen, mit denen er in die USA gekommen war. Die Hauptpunkte seines Programms waren:

Durchzusetzen, daß die „besonderen Interessen“ Westdeutschlands auf dem europäischen Kontinent anerkannt werden und daß ihm darum dort die Position der führenden Militärmacht der NATO zugestanden werde;

gemeinsam mit Johnson Maßnahmen zur Festigung der Atlantik-Union vorzunehmen, die durch den Austritt Frankreichs aus ihrer Militärorganisation geschwächt ist;

Pläne für die weitere Entfaltung der Bundeswehr und für ihre verstärkte Ausrüstung mit modernen Waffen zu vereinbaren;

zu erreichen, daß das Weiße Haus die „neue Ostpolitik“ Bonns unterstützt, die hauptsächlich auf Isolierung der

Deutschen Demokratischen Republik abzielt.

Analysiert man die gemeinsame Erklärung sowie die Reden Johnsons und Kiesingers, so kann man feststellen, daß der Präsident der USA dem westdeutschen Kanzler entgegengekommen ist. Als Gegenleistung hat Bonn sich verpflichtet, die aggressive „Globalstrategie“ Washingtons zu unterstützen, die sich nicht nur auf Westeuropa, sondern auch auf andere Räume der Welt ausdehnt, vor allem auf Südostasien und den Nahen Osten.

Diese Bereitschaft zeigt sich namentlich in folgender Erklärung Kiesingers: „Wir kennen die gewaltigen Probleme und Sorgen, die die Vereinigten Staaten beschäftigen. Wir glauben, die Lasten, die auf Ihre Schultern gelegt sind, zu sehen. Seien Sie überzeugt, daß wir ... mit unseren Möglichkeiten dazu beitragen werden, Ihnen ein wenig von dieser Last im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für diese Welt abzunehmen.“

Der Bundeskanzler unterließ nicht zu erwähnen, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik auch weiterhin ständig wachsen wird. Er ließ durchblicken, daß die herrschenden Kreise Bonns nach wie vor Massenvernichtungswaffen für die Bundeswehr fordern.

Bonn und Washington haben sich faktisch darauf geeinigt, daß an der Spitze der Militärorganisation des Nordatlantikvertrags von nun an die USA und die BRD gemeinsam stehen werden. Eines der strategischen Hauptziele Bonns ist es, seine Positionen im Militärsystem dieses Vertrags zu verstärken, denn es glaubt, dadurch am ehesten an den Kerndruckknopf heranzukommen.

In letzter Zeit spricht man im Westen von einer Bundeswehrisierung der NATO. Adenauer sagte einst, der Nordatlantik-Block werde zu einer westdeutschen Organisation werden. Diese Prophezeiung des verstorbenen Patriarchen der Bonner Revanchisten scheint nach und nach einzutreffen. Einer der

Vitali TSCHERNJAWSKI

Einpeitscher des Aggressionskurses von Bonn, der jetzige bundesdeutsche Finanzminister Franz Josef Strauß, schrieb in der *Außenpolitik*, einer Zeitschrift, die dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik nahesteht: „Europa kann in Zukunft nichts anderes sein als die europäische Komponente eines atlantischen Systems, das Nordamerika und Westeuropa einschließt. Dieses atlantische System muß sich zu einer atlantischen Gemeinschaft entwickeln, vielleicht sogar zu einer atlantischen Föderation.“

Sich der Schlüsselstellungen in der NATO zu bemächtigen, sein Regiment über Westeuropa zu errichten und die rüstungswirtschaftlichen Ressourcen des ganzen Westens in die Hand zu bekommen, um dann zu versuchen, seine revanchistischen Absichten zu verwirklichen — das ist der strategische Plan Bonns.

Wie man sieht, betrachtet man in Bonn die Washingtoner Verhandlungen Kiesingers als einen Schritt zur Erreichung dieser Ziele.

Saigoner Wahlen



„Tu den Zettel da rein, wir sagen dir dann, ob wir ihn bestätigt haben.“

International Herald Tribune, USA

An UNO-Generalsekretär U Thant

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Im Auftrag der Regierungen der Belorussischen SSR, der Volksrepublik Bulgarien, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ukrainischen SSR, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ersuchen wir Sie, in die Tagesordnung der 22. UNO-Vollversammlung folgende Frage als separaten Punkt aufzunehmen: „Über die Zurücknahme der amerikanischen und sonstigen ausländischen Truppen, die Südkorea unter UNO-Flagge besetzt halten“.

Der Umstand, daß die amerikanischen Imperialisten Südkorea unter UNO-Flagge besetzt halten, die aggressive Politik der Vereinigten Staaten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik gegenüber und die systematischen Provokationsakte der amerikanischen Truppen im Raum der Demarkationslinie gehören zu den Hauptursachen der Spannung in diesem Raum und im Fernen Osten überhaupt.

Die Regierung der USA fährt fort, über das Söuler Marionettenregime die südkoreanische Armee zu verstärken und mit den modernsten Waffen auszurüsten, um sie für ihre Aggressionsakte in Asien zu verwenden. Im Einklang mit ihrem Kurs darauf, Südkorea zu ihrem militärischen Bereitstellungsraum zu machen, beziehen es die USA in ihre Pläne zur Bildung neuer Aggressionsblocks und in den Aggressionskrieg ein, den sie in Vietnam angezettelt haben.

Schon jetzt stehen in Vietnam 50 000 südkoreanische Söldner, die die Vereinigten Staaten gegen das vietnamesische Volk einsetzen.

Man kommt zwangsläufig zu dem Schluß, daß die Eskalation der Aggression in Vietnam, die Aggressionsakte, die Israel mit dem Beistand der imperialistischen Mächte gegen die arabischen Völker verübt hat, und die erhöhte Spannung in Korea Teile eines Generalangriffs der Imperialisten gegen die Völker Asiens und Afrikas sind, die ihre politische Unabhängigkeit errungen haben oder um ihre nationale Befreiung kämpfen.

Es ist die Aufgabe aller friedliebenden Länder und Völker, nicht zuzulassen, daß die aggressiven imperialistischen Kräfte die Weltatmosphäre erhitzen, Gesetzeswidrigkeiten und Willkürakte begehen und das Recht der Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung schmälern.

Eine Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Südkorea ist die wichtigste Voraussetzung für eine friedliche Vereinigung Koreas. Sie würde eine Entspannung sowie

praktische Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens in diesem Raum ermöglichen.

Die Koreanische Volksdemokratische Republik hat eine Reihe von Vorschlägen zur friedlichen Vereinigung Koreas auf demokratischer Basis gemacht. Die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik hat erklärt, daß das Land durch Bildung einer gesamt-koreanischen Einheitsregierung friedlich vereint werden muß, einer Regierung, die sämtliche Bevölkerungsgruppen repräsentiert und durch freie, demokratische Wahlen im Norden und Süden zustande kommt, die das koreanische Volk ohne irgendwelchen Eingreifen von außen abhalten müßte.

Es ist Pflicht der Organisation der Vereinten Nationen und aller ihrer Mitglieder, dazu beizutragen, daß jedweder auswärtigen Einmischung in die Angelegenheiten des koreanischen Volkes ein Ende gemacht und den Koreanern die Möglichkeit geboten wird, die Einheit ihres zeitweilig geteilten Landesgebiets wiederherzustellen.

Ausgehend davon, daß die Hauptursache der fortwährenden Spaltung der koreanischen Nation die skrupellose auswärtige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des koreanischen Volkes ist, beantragen die Regierungen der Belorussischen SSR, der Volksrepublik Bulgarien, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ukrainischen SSR, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Debatte über die Zurücknahme der amerikanischen und sonstigen ausländischen Truppen aus Südkorea, denn diese Truppen sind die wichtigste Handhabe bei der auswärtigen Einmischung in die koreanischen Angelegenheiten und bei der Hintansetzung des Willens des koreanischen Volkes.

Die Regierungen der Belorussischen SSR, der Volksrepublik Bulgarien, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ukrainischen SSR, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hoffen, daß ihr Antrag bei den Mitgliedern der UNO Rückhalt finden wird. Die Zurücknahme der amerikanischen und sonstigen ausländischen Truppen aus Südkorea entspräche den Hoffnungen und Erwartungen nicht allein des koreanischen Volkes, sondern auch aller anderen Völker, die ihr Recht auf eine freie und unabhängige Entwicklung behaupten; sie entspräche den Grundsätzen der UNO-Charta.

Wir bitten, dieses Schreiben als Erläuterung zu betrachten.

Hochachtungsvoll

A. GURINOWITSCH
Außenminister der Belorussischen SSR

I. BASCHEW
Außenminister der Volksrepublik Bulgarien

R. ROA
Außenminister der Republik Kuba

M. DUGERSUREN
Außenminister der Mongolischen Volksrepublik

A. RAPACKI
Außenminister der Volksrepublik Polen

V. DAVID
Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

D. BELOKOLOS
Außenminister der Ukrainischen SSR

J. PÉTER
Außenminister der Ungarischen Volksrepublik

A. GROMYKO
Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

17. August 1967

LABYRINTH UND LABYRINTHE

Eigenbericht von der EXPO 67

Die Welt, in der wir leben, verändert sich schnell. Die Besucher der vorigen Weltausstellung, der von 1958 in Brüssel, bestaunten noch die ersten sowjetischen Sputniks. In den etwa neun Jahren, die inzwischen vergangen sind, ist ein Mensch in den Kosmos ausgestiegen, und um die Erde kreisen viele höchst komplizierte Fernmelde-trabanten. Von Menschenhand geschaffene kluge Geräte sind auf dem natürlichen Trabanten unserer Erde niedergegangen und senden den Menschen Fotos von der Mondoberfläche und Angaben über Bodenproben, die sie nehmen.

Auch auf Erden hat sich in diesen Jahren sehr viel gewandelt. Ich weiß noch, wie den Besuchern damals, im Jahre 1958, in der Halle von Belgisch-Kongo ein idyllisches Bild von der „Zivilisationsmission“ der Weißen in dieser Kolonie gegeben wurde. Ein paar Jahre später kam es in Kongo zu einer mächtigen Eruption, die den Sieg vieler anderer Völker Afrikas im Kampf um ihre Unabhängigkeit im Gefolge hatte. Jetzt, auf der Ausstellung in Montreal, gibt es einen ganzen Afrika-platz, auf dem etwa zehn junge, unabhängige afrikanische Staaten den Besuchern erste Erfolge bei ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung vor Augen führen.

An der jetzigen Weltausstellung nimmt zum erstenmal das sozialistische Kuba teil. Ebenso viele junge Staaten Asiens und Afrikas, die darangegangen sind, das Fundament für den Sozialismus zu legen.

Völker, die Jahrhunderte unterdrückt waren, haben sich aufgerichtet und das Morgenrot der Freiheit erblickt. Während der letzten Jahre ist die Menschheit sehr weit vorwärtsgekommen. Gleichzeitig aber zwingt die Reaktion einige Gebiete zum Rückschritt, zurück in die finsternen Jahre des Faschismus. Ein Beispiel sind die Schandtaten der

militärfaschistischen Putschisten in Griechenland. Heutzutage klingt die Devise der griechischen Halle auf der EXPO 67 „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“ wie bittere Ironie.

Die Hallen auf der Ausstellung in Montreal nötigen einen gleichsam dazu, sich zu fragen, wer in unserem Zeitalter des Fortschritts an den Verbrechen, wer in unserem Zeitalter des Überflusses an Hunger und Not, wer in unserem Zeitalter des Triumphs des menschlichen Geistes an Abenteuer-tum und Sturheit schuld ist.

In einer oder der anderen Form, manchmal verschleiert, manchmal auch unverhohlen, geben die Ausstellungen und insbesondere die Filme, die in vielen westlichen Hallen und Themenhallen der EXPO gezeigt werden, auf diese Fragen eine Antwort, und sie lautet erstaunlich stereotyp: Alles liege am Menschen, an seiner zwiespältigen Natur, an dem ständigen Kampf, der im Individuum zwischen Gut und Böse tobe.

In der amerikanischen Halle wird dem Besucher vor dem Rundgang ein Film vorgeführt, der „Die Zeit der Spiele“ heißt. Oberflächlich gesehen, ist das eine Erzählung davon, wie sich die amerikanische Jugend zerstreut: Ein Säugling streckt die Hand nach der Klapper aus; Oberklassenschüler bei einer lustigen Katzbalgerei. Eigentlich entwirft der Film ein idyllisches Bild davon, wie weiße und schwarze amerikanische Kinder bei gemeinsamem Spiel die schönsten Eigenschaften gewinnen: Kameradschaft, Hilfsbereitschaft, Mut, Geschicklichkeit, Geistesgegenwart, die Fähigkeit, für sich einzustehen, und einen gesunden Wettstreit. Man gibt zu verstehen, daß der Amerikaner, wenn er die „Zeit der Spiele“ durchläuft, edel und tapfer, so eine Art Ritter ohne Furcht und Tadel wird.

Dieser auf den ersten Blick so harmlose Streifen führt den leichtgläubigen Zuschauer auf Irrwege. Wäre alles so wie im Film, so könnte man überhaupt

nicht begreifen, warum es in den USA immer von neuem zu Ausbrüchen des Hasses kommt, die von der Rassendiskriminierung herrühren. Warum schickt man weiße amerikanische Jungen, die zusammen mit ihren schwarzen Altersgefährten die „Zeit der Spiele“ erlebt haben, aus, auf junge Neger und Negerinnen zu schießen?

Ebenfalls in der amerikanischen Halle machen gemeinsam mit den jungen Hostessen baumlange Marineinfanteristen, weiße und schwarze, Dienst. Sie haben Paradeuniform an und sind mit ganzen Klempnerläden behängt, die sie für die Teilnahme am schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk bekommen haben. Sie werden für einige Tage zur Belohnung aus Indochina nach Montreal geschickt, damit sie etwas sehen und selbst gesehen werden. Die Soldaten tragen die Köpfe hoch, in ihren Herzen scheint sich kein Skrupel zu regen. Warum fragen sich diese Jungen, die die „Zeit der Spiele“ erlebt haben — eine Zeit, die angeblich die edelsten Eigenschaften in ihnen geweckt hat —, denn nun nicht, wie sie in die Dschungel und Moräste von Vietnam geraten sind und wozu sie Bewohner jenes Landes morden, das viele Tausend Meilen von den USA entfernt liegt?

In der englischen Halle sieht der Besucher zuallererst eine lange, wie in Felsen gehauene Grotte, an deren Wände zahlreiche Vorführapparate Begebenheiten aus der Geschichte Großbritannien voll blutiger, tragischer Episoden projizieren. Das ist Vergangenheit, aber auch sie wird so dargestellt, daß der angeblich unausrottbare Drang des Menschen in Erscheinung tritt, über seinesgleichen die Macht auszuüben und fremdes Land zu erobern. Der Mensch wird als treubruchiges, hinterhältiges, verräterisches Wesen gezeigt, und das legt dem Besucher die Schlußfolgerung nahe, daß nur eine Vervollkommenheit der Persönlichkeit Frieden bringen könne. Dieselbe Idee wird in den Filmen und in der Halle der UNO zum Ausdruck gebracht.

Besonders kraß aber tritt sie in der Halle zutage, die das Labyrinth heißt. Darin laufen sehr originelle Filme, die zweifellos von Begabung zeugen. Leute vom kanadischen Nationalen Filmbüro haben sie in verschiedenen Weltgegenden gekurbelt. Erst wird ein Film auf zwei Bildwänden gezeigt, einer senkrechten und einer waagerechten, die zu Füßen der Zuschauer liegt. Diese stehen zu beiden Seiten auf mehreren übereinander angeordneten Galerien. Manchmal setzt das Bild an der waagerechten

Wand das auf der senkrechten fort. Ein paar Beispiele: Ein kleines Mädchen sitzt an einem Teich und wirft Brotbröckchen ins Wasser. Auf der waagerechten Bildwand sehen wir die Bröckchen auf dem Wasserspiegel aufschlagen und Kreise ziehen, sehen wir Fische heranschwimmen und das Brot verschlucken. Oder: Auf der senkrechten Bildwand verbinden Bauleute hoch an einem Wolkenkratzer zwei Eisen-träger, und unten, auf der waagerechten Bildwand, wird uns gezeigt, was die Arbeiter sehen: Straßenschluchten mit Wagen und Fußgängern, klein wie Käferchen. Der Zuschauer hat das Gefühl, mit dabei zu sein.

Die Szenen wechseln, die Bilder haben nicht immer direkt etwas miteinander zu tun, aber sinngemäß sind sie doch verbunden. So sieht man auf der Senkrechten einen Boxkampf und auf der Waagerechten ein Kraftradrennen. Auf beiden Bildwänden Wettkämpfe, der Drang nach dem Sieg, menschliche Kraft, Geschicklichkeit und Unerschrockenheit.

Vor der Halle sind Modelle verschiedener Labyrinth zu sehen: eins aus dem alten Ägypten, ein anderes der griechischen Antike, das berühmte Labyrinth von Kreta. Sie vergegenwärtigen, daß der Mensch schon in alten Zeiten nach einem Ausweg suchte. Weiter an einer Wand die Aufschrift: „In den Labyrinthen der Legende fand der Held nach vielen Abenteuern seinen Weg zu einem Ungeheuer, tötete es und kehrte triumphierend in die Welt zurück.“

Das ist der Leitgedanke des Filmkaleidoskops, das in dieser Halle zu sehen ist. Man denkt sich das Labyrinth dabei als das Menschenleben und als den Weg, den die Menschheit geht. Der Minotaurus aus der Legende ist das Ungeheuer, das im Menschen wohnt und das jeder in sich selbst abtöten müsse.

Ich will hier einige Filmszenen schildern, die auf fünf Bildwänden gezeigt werden. Das Moskauer Warenhaus GUM, eilende Menschen mit Einkäufen, sie sprechen, streiten miteinander — alles ist in Bewegung. Nächste Szene: Die Stille einer Wüste, durch die eine Kamelkarawane zieht. Dann eine verschneite Straße mit einem fahrenden Autobus. Er hält, die Fahrgäste steigen fröstelnd aus. Neue Szene: Eine Tropennacht, ein stiller Fluß und zwei Männer in einem Kahn. Man sieht das Weiße in den Augen des schwarzen Ruderers. Und da ihr Ziel: ein schlafendes Krokodil. Ein Arm holt aus, und

der vergiftete Speer bohrt sich zwischen die Augen des Tiers, das das Wasser ringsum hoch aufspritzt läßt. Nun beginnt der Kampf zwischen dem tödlich getroffenen Tier und den beiden furchtlosen Menschen. So wird der Zuschauer in die Welt von heute eingeführt, wo Menschen auf verschiedenen Breiten leben, ein verschiedenes Entwicklungsniveau haben und sich verschiedenen Problemen gegenübersehen. Aber alle diese Menschen leben auf demselben Planeten, sie sind alle Menschen der Erde.

Die Szenen wechseln schnell. Auf der Bildwand in der Mitte wird die Geburt eines Kindes gezeigt. Sobald es das Licht der Welt erblickt, werden vier andere Bildwände hell. Darauf sieht man in Großaufnahme Angehörige verschiedener Völker, junge und alte. Sie lachen, freuen sich über die Geburt des neuen Erdenbürgers, und nur das Neugeborene, runzlig und feucht, schreit herzerweichend, als es in diese grausame, unbekannte Welt gesetzt wird. Wie wird es dem neuen Erdenmenschen ergehen?

Immer von neuem wechseln die Szenen, bald zusammenhängend, bald auf jeder einzelnen Bildwand getrennte Episoden darstellend. Das scheinbare Durcheinander drückt aber einen bestimmten Gedanken aus: Wo der Mensch auch immer leben mag, in einem vorgeschrittenen oder zurückgebliebenen Land, in der kapitalistischen oder in der sozialistischen Gesellschaft, überall habe sein Leben Licht- und Schattenseiten, überall müsse er sich einen Weg durch das verworrene Lebenslabyrinth suchen.

In Großaufnahme das Gesicht einer älteren Frau, die in den Spiegel sieht. Sie ist erregt, beunruhigt. Die Ansage lautet:

„Jetzt stehen Sie dem Ungeheuer, das in Ihnen ist, von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Wenn Sie es besiegen, dann gehört Ihnen die Welt.“

Ein Kai der Moskwa; der Bau des neuen Hotels im Sarjadj-Viertel; eine Gesamtansicht des Kremls; eine Übungsstunde in einer Moskauer Tanzschule. . . Der sowjetische Kosmonaut Leonow bereitet sich auf den ersten Schritt in den Kosmos vor. . . Dann eine amerikanische Rakete am Start, sie fliegt hoch, und sogleich sehen wir auf den Bildwänden daneben Menschenmassen: Europäer, Asiaten, Afrikaner. Sie klatschen in die Hände, lachen, und die Rakete auf der mittleren Bildwand entfernt sich inzwischen immer weiter und läßt einen feurigen Schweif zurück.

Und wieder soll angedeutet werden: Wenn der Mensch das Ungeheuer in sich nicht besiege, könne der Jubel über die Erfolge der modernen Wissenschaft und Technik in die größte Tragödie umschlagen.

Wieder ein schneller Szenenwechsel. Man sieht verschiedene Bestrebungen von Menschen, die Lebensweise verschiedener Völker. Am Festisch eine glückliche Familie in irgendeinem südeuropäischen Land. Die Stimme des Ansagers aber warnt:

„Wenn der Mensch glaubt, alles erreicht zu haben, dann beginnt er, alles zu verlieren.“

Alle Bildwände erlöschen. Dann erscheint links auf einer ein älterer Mann, der mit einer Spitzhacke die gefrorene Erde spaltet und die Erdbrocken nach unten wirft. Die Bildwand unten scheint auf, und wir sehen und hören, wie die Brocken dumpf auf dem Deckel eines kleinen Sarges aufschlagen, der ins Grab gesenkt worden ist. Das soll heißen: Der Kummer kann den Menschen überall treffen, sei es denn nicht gleich, wo er lebt, in welchem Land und unter welcher Gesellschaftsordnung? Man müsse sich nur mutig und standhaft einen Weg durch das Labyrinth des Lebens suchen, wo auf Schritt und Tritt Unheil und Gefahr lauer. Gewiß, es gebe Reiche und Arme, aber ein Reicher könne unglücklicher als ein Armer sein. Es gebe reiche und arme Länder, aber beispielsweise in Schweden, einem Land der sogenannten allgemeinen Wohlfahrt, sei die Zahl der Selbstmorde die höchste der Welt.

So legt der Propagandaapparat der Mächtigen dieser Welt, die seit Jahrhunderten die Würde des Menschen in den Schmutz treten, die ihn ausbeuten und demütigen, plötzlich eine rührende Aufmerksamkeit für diesen selben Menschen an den Tag. Welche Heuchelei!

Ich wiederhole: Die Filme im Labyrinth sind ausgezeichnet gemacht, die Szenenbilder sind sehr gut ausgewählt, und technisch ist das Ganze hervorragend. Mit der Philosophie aber, die dem Zuschauer dargeboten wird, kann man sich auf keinen Fall einverstanden erklären. Sonst müßte man ja zugestehen, daß der Kampf des Menschen für Freiheit, soziale Wandlungen und einen höheren Lebensstandard sinnlos sei, daß die Menschen keine andere Aufgabe hätten, als sich selbst zu vervollkommen, daß sie das Ungeheuer in sich abtöten und zum Frieden mit sich selbst gelangen müßten.

Gewiß, der Mensch soll sich überall und immer um Vollkommenheit bemühen, aber man verlangt von uns, daß wir es damit genug sein lassen sollen. Das hieße ja, daß Menschen, die bettelarm und unwissend sind, die in rückständigen Ländern leben, welche jahrhundertlang von den Kolonialherren ausgebeutet worden sind, nicht um ihre nationale Befreiung kämpfen sollen! Das hieße, daß die Patrioten Vietnams die amerikanische Aggression nicht abwehren sollen, denn ihr Feind, das Ungeheuer, das sie nicht in Frieden leben läßt, sei ja nicht der amerikanische Aggressor, der Pflanzungen und Reisfelder mit Napalm einäschert und ganze Dörfer mitsamt ihren Bewohnern vernichtet, sondern der Feind in ihrem Innern.

In welchem Licht erscheinen dann die jetzigen Negerunruhen in den Städten der USA? Im Grunde genommen hält die Philosophie, die im Labyrinth verfochten wird, auch die amerikanischen Neger dazu an, sich selbst zu vervollkommen und Frieden mit sich selbst zu machen, statt gegen die ungerechten Rassenzustände anzukämpfen.

Man kann die Probleme des Menschen von heute nicht auf den Gedanken reduzieren, daß er sich selbst zu vervollkommen habe. Die vornehmste Aufgabe ist heute der Kampf mit jenem Ungeheuer, das ganze Völker daran hindert, sich normal zu entwickeln, das regelmäßig Hunderttausende, ja Millionen in blutige Kriege hetzt, ganze Länder ausbeutet und sich am Hunger und Elend der Millionenmassen mästet. Dieses Ungeheuer ist der moderne Imperialismus, der in der Eroberungspolitik der USA besonders kraß in Erscheinung tritt. Erst wenn die Menschheit den Imperialismus zum Weichen bringt, erst wenn das Volk imstande ist, die überlebte Gesellschaftsformation aufzuheben und einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen, erst dann findet sie aus dem düsteren Labyrinth ihrer Vorgeschichte heraus zu einem glücklichen Leben.

Am Eingang zur sowjetischen Halle sind in das große Wahrzeichen — Hammer und Sichel — folgende Worte eingemeißelt: „Alles für den Menschen, alles zum Wohl des Menschen.“ Diese edle Devise ist in unserem Land in dem Augenblick verkündet worden, als die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Sieg davontrug.

Vor 50 Jahren siegten die Völker unseres Landes und stürzten das Ungeheuer, das alles Lebende würgte und Millionen demütigte und unglücklich machte. In dem wirren Labyrinth der

Geschichte Rußlands sah das Volk seinen wahren Feind, tötete ihn und trat triumphierend vor die Welt hin. Und gerade das hat die sowjetischen Menschen dazu befähigt, sich wirklich selbst zu vervollkommen und beim Aufbau des neuen Lebens in ihrem Land ebenso wie auf dem Schlachtfeld glänzende Taten zu vollbringen. Der Sieg der Oktoberrevolution ist der Ursprung der Errungenschaften, die jetzt von den Millionen Besuchern der sowjetischen Halle auf der EXPO 67 bewundert werden.

Bei uns sind für den Menschen beispiellose Möglichkeiten zum Erwerb von Bildung, zur Wahl eines Berufs und zum Gedankenflug geschaffen. In einem sozialistischen Land sind die Menschen frei von demütigender Unterdrückung, von der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, von erzwungener Anbetung des goldenen Kalbes. Sie werden sich nie an Eroberungskriegen, an ungerechten Kriegen beteiligen, man wird sie nie zur Knechtung anderer Völker aufbieten. Sie wissen, daß ihre Länder in der Weltarena die gerechte Sache in Schutz nehmen, und sind stolz darauf.

Wenn jetzt bei uns noch nicht alles getan ist, was zum Wohl der Menschen getan werden müßte, so ist zum großen Teil der heutige Minotaurus, der aggressive Imperialismus, daran schuld, dessen Raubpolitik und unablässige Ränke gegen die Fortschrittskräfte die sozialistischen Länder und vor allem die Sowjetunion zwingen, einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Ressourcen, ihrer menschlichen Energie und materiellen Mittel dafür zu verwenden, ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem unerläßlichen Stand zu erhalten.

Die Veranstalter der Ausstellungen der westlichen Länder auf der EXPO 67 haben viel Mühe und Erfindungsgeist darauf verwandt, das Problem des modernen Menschen unlösbar erscheinen zu lassen. Es ist zu hoffen, daß sich die Besucher der EXPO in diesem Labyrinth zurechtfinden werden.

Die Besucher, die in der sowjetischen Halle waren und sich die Mühe gemacht haben, die zahlreichen ausgestellten Stücke aufmerksam zu betrachten, müssen sich ja Gedanken darüber machen, daß das Schicksal eines Menschen in erster Linie von der sozialen Ordnung abhängt, unter der er lebt, darüber, daß nur in den sozialistischen Ländern, wo wirklich alles Erdenkliche zum Wohl des Menschen getan wird, dieser Herr seines Geschicks ist und die reale Möglichkeit hat, sein Leben so harmonisch zu gestalten, wie es seiner hohen Mission gebührt.

Aus dem Gästebuch der sowjetischen Halle

„... Ich bin fest davon überzeugt, daß die Halle der Sowjetunion, in der die Macht und Stärke der großen Sowjetunion und der Ideen des Kommunismus zutage tritt, einen starken Einfluß auf die Besucher ausüben wird.“ **T. Shiwkow**, Vorsitzender des bulgarischen Ministerrats.

„Im Namen der Bundesregierung möchte ich der UdSSR zu ihrer großartigen Halle gratulieren. Sie ist ein ausgezeichnete Beitrag zu unseren bereits freundschaftlichen Beziehungen.“ **Robert Winters**, Handelsminister Kanadas.

„Ich wünsche der wunderbaren sowjetischen Halle viel Erfolg.“ **Charles de Gaulle**, Präsident Frankreichs.

„Wir haben die grandiose sowjetische Halle besucht. Sie ist hervorragend ausgestaltet.“ **Hailé Selassie I.**, Kaiser von Äthiopien.

„Ihre sozialistische Welt ist die Hoffnung der Menschheit. Ihre Halle gibt ein ausgezeichnetes Bild von Ihrer Welt. Frieden!“ **D. Shrave**, USA.

„Wirklich, eine herrliche Ausstellung! Die beste auf der ganzen EXPO. Ich wünsche Dir viel Erfolg, Rußland.“ **S. Elshaw**, England.

„Huf ab! Die Russen haben mit ihren Leistungen die ganze Welt in Staunen versetzt. Ich gratuliere Ihnen.“ **D. V. Syraïne**, Quebec.

„Es ist interessant, das Beste aus einer Welt zu sehen, von der wir sehr wenig wissen.“ **Bob King**, Hamilton.

„Die russische Halle auf der EXPO 67 macht den angenehmsten Eindruck.“ **R. F. Gordon**, Kosmonaut, USA.

„Bravo, UdSSR! Ihre Bemühungen um einen festeren Frieden werden auf dieser Ausstellung bekräftigt.“ **P. Nedda**, Genf.

„Man hat uns allzu lange mit antisowjetischer Propaganda abgespeist. Dank für die Wahrheit.“ **Daniel Bannen**, Soziologiestudent.

Die sowjetische Halle auf der Weltausstellung in Montreal zieht Unmengen von Besuchern an und hat großen Erfolg. Die Gästebücher werden unglaublich schnell voll, sie bilden schon eine ganze Bibliothek. Die allermeisten Eintragungen sind freundschaftlich und anerkennend.

Jewgeni TABROW

Die „Transformation“ des britischen Imperialismus

leerer Begriff, sondern es stellt eine lebendige Realität dar. Wir sind mit dieser Gemeinschaft auf vielfältige Art verbunden. Vielen Commonwealth-Staaten gewähren wir Wirtschaftshilfe, mit anderen verbinden uns militärische Verträge.“

Die Wiedergeburt des Empire

Der Begriff „The British Commonwealth of Nations“ kam 1926 auf. Mit ihm wurde das System der Beziehungen zwischen Großbritannien und den sich selbst verwaltenden Dominions bezeichnet. Die Vereinigung umfaßte damals Großbritannien (samt seinen Kolonien und Protektoraten) sowie die „weißen“ Dominions: Australien, Neuseeland, Kanada und die Südafrikanische Union. 1931 beschloß das britische Parlament im Zusammenhang damit, daß die Bedeutung dieser Dominions in den internationalen Beziehungen gewachsen war, das sogenannte Westminster-Statut. Laut diesem Gesetz wurde den Dominions die innen- und außenpolitische Souveränität und die juristische Gleichberechtigung mit Großbritannien zugestanden.

Nachdem 1947 Indien und Pakistan unabhängig geworden waren, mußte die Regierung Englands aus der Bezeichnung des Commonwealth das Beiwort „British“ entfernen. Weitere Neuerungen sollten die alte Struktur maximal den neuen Bedingungen anpassen. London veranlaßte zum Beispiel die Vornahme einer Korrektur am Westminster-Statut, der zufolge Indien, das sich zur Republik ausgerufen hatte, zugleich den britischen König als Oberhaupt des Commonwealth anerkennen konnte.

Wie Sydney Caine, ein führender englischer Soziologe, der Direktor der Londoner School of Economics and Politics, behauptet, ist die wichtigste Grundlage des Commonwealth kein „System politischer Leitsätze und keine Gesamtheit von Handelszielen, sondern ein gemeinsames Erbe von Gedanken und Idealen“. Die neutralistischen Länder würden durch die britische Schule der „Erziehung und Bildung“ im Commonwealth festgehalten, schreibt *The*

Round Table, das Sprachrohr der britischen Kolonisatoren. Und was J. Strachey, einen der führenden Theoretiker des modernen Reformismus, angeht, so rückt er in seinem Buch „Das Ende des Empire“ den friedlichen Charakter des „Hinüberwachsens“ des Empire in das Commonwealth und die „geistige Gemeinschaft“ seiner Mitglieder in den Vordergrund.

Manchmal plaudern allerdings auch Ideologen des britischen Imperialismus aus, was für Zwecke die herrschenden Kreise Englands in Wirklichkeit verfolgen. So schrieb die erwähnte *Round Table*, das Commonwealth sei „eine Brücke zu den frei gewordenen Ländern Asiens und Afrikas, eine Schranke gegen ihren Übergang ins Lager des Sozialismus“. Der ehemalige Kolonialminister Lyttelton erklärt, die britische Regierung werde keine kommunistischen Staaten im Commonwealth dulden.

Je mehr Kolonien die Freiheit erlangten, desto größer wurde die Zahl der Mitglieder des Commonwealth. Im Jahre 1957 trat ihm Ghana bei; 1960 stießen Zypern und Nigeria zu ihm; 1961 Tansania und Sierra Leone; 1962 Uganda, Jamaika, Trinidad und Tobago; 1963 Kenia und dann, von 1964 bis 1967, der Reihe nach Malta, Malawi, Sambia, Gambia, Singapur, Botswana, Lesotho, Guayana, Barbados und Mauritius. Heute besteht das Commonwealth aus 27 Staaten, die sich in genau zwei Gruppen teilen: die hochentwickelten kapitalistischen Staaten mit England an der Spitze und die jungen Länder, die sich erst unlängst vom Kolonialjoch befreit haben.

Der militärische und der diplomatische Aspekt

Zu den wichtigsten Sorgen der herrschenden Kreise Englands gehört die Erhaltung ihrer militärstrategischen Positionen in den Ländern, die sich befreit haben. Diese Kreise betrachten enge militärische Beziehungen zu den Commonwealth-Mitgliedern vor allem als wichtig für den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung und dann erst als Faktor ihres politischen Einflusses.

Bereits 1947 wurde das Commonwealth Assistance Committee of Defence Science (der Beratende kriegswissenschaftliche Commonwealth-Ausschuß) gegründet. Ihm gehören höchste Offiziere der Armeen sowie Vertreter der militärischen Lehranstalten der Commonwealth-Länder an. Offiziell sollte der Ausschuß allgemeine Verteidigungsprobleme sowie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des militärischen Forschungswesens und des Informationsaustauschs studieren. Auch sollte er die Verfassung der Streitkräfte der Commonwealth-Mitglieder und vor allem die politische Orientierung ihrer höchsten Kommandokader überwachen.

Die Commonwealth-Länder sind nicht an einen generellen Militärvertrag gebunden und können formal frei darüber entscheiden, ob sie an einem Krieg teilnehmen oder nicht. London ist nicht an einer einheitlichen Kriegsstrategie und an gegenseitigen militärischen Verpflichtungen interessiert, sondern vor allem daran, den Einfluß Großbritanniens zu stärken. Diesem Zweck dienen seine zweiseitigen militärischen Abkommen mit den jungen Staaten. Es gab Fälle, in denen der Abschluß solcher

Abkommen sogar zur Voraussetzung der Gewährung der Unabhängigkeit gemacht wurde. So zwang die britische Regierung im November 1947, drei Monate, bevor Ceylon zu einem Dominion mit Selbstverwaltung ausgerufen wurde, dessen Führung einen Verteidigungsvertrag auf, der erst 1957 annulliert wurde. In Artikel 1 dieses Vertrags (der für andere Abmachungen dieser Art typisch ist) hieß es, England könne „auf Ceylon Marine- und Luftstützpunkte einrichten und die Landtruppen stehen haben, die dazu erforderlich sein können“.

Weiterhin ist es der britischen Regierung um die Kontrolle über die Außenpolitik der ehemaligen Kolonien zu tun. Nach dem Westminster-Statut entscheidet jedes der Dominions selbständig über seine auswärtigen Beziehungen, so daß eine gemeinsame Außenpolitik nur auf konsultativem Wege herbeigeführt werden kann. England konnte erreichen, daß einige Commonwealth-Mitglieder sich verpflichteten, die anderen Mitglieder „über beliebige beabsichtigte Aktionen“ zu informieren, „die deren Interessen berühren können, besonders im Bereich der auswärtigen Beziehungen“. Wie die *Round Table* feststellte, sind die Commonwealth-Mit-

glieder genötigt, in außenpolitischen Fragen Methoden anzuwenden, die „wesentlich durch die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen bedingt werden“. London ist bemüht, sich dabei das letzte Wort vorzubehalten.

Die Fliehkräfte

Können die herrschenden Kreise Englands mit den Ergebnissen ihrer Politik vollkommen zufrieden sein? Haben sie die Ziele erreicht, um derentwillen sie versuchten, das zusammengebrochene Kolonialreich durch das Commonwealth zu ersetzen?

Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, daß die Zentrifugalkräfte im Commonwealth immer häufiger stärker sind als die Zentripetalkräfte. In der französischen Monatsschrift *Le Monde Diplomatique* gab ein britischer Autor, Stephen Hugh Jones, im Juni d. J. folgendes zu: „Die emotionale und wirtschaftliche Verbundenheit mit dem Commonwealth of Nations hat ihre frühere Kraft bereits verloren.“

Der Wind der Wandlungen hat die Pläne der Neokolonisatoren sehr durcheinander gebracht. Das Commonwealth wird immer mehr zu einer Wüststatt, auf der die führende imperialistische Gruppe den jungen Staaten gegenübersteht. Praktisch haben alle Jahreskonferenzen der Commonwealth-Länder im letzten Dezennium die Widersprüche manifestiert, die zwischen dem politischen Kurs der neutralistischen afro-asiatischen Mitglieder und der gemeinsam mit den alten „weißen“ Dominions, mit Australien, Neuseeland und Kanada, betriebenen Politik Englands bestehen. Im Laufe dieses Jahrzehnts war das einzige Dokument zu internationalen Fragen, in dem ein gemeinsamer Standpunkt formuliert war, die Abrüstungsresolution der Konferenz von 1961.

In allen Sphären, in der politischen wie in der wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen, sind die Trennungslinien zwischen den Commonwealth-Mitgliedern zu erkennen. Die jungen Staaten lehnen den neokolonialistischen Kurs Englands ebenso ab wie die Unterstützung, die es den rassistischen Regimes von Smith in Rhodesien, von Vorster in der SAR und von Salazar in den afrikanischen Kolonien Portugals gewährt. Die Teilnahme Englands, Kanadas, Australiens und Neuseelands an aggressiven Blöcken widerspricht der Politik der Blockfreiheit, an die sich die anderen Commonwealth-Mitglieder halten. Große Unzufriedenheit erwecken die Bemühungen des ehemaligen „Mutterlandes“, sich seine

wirtschaftlichen Positionen in den frei gewordenen Ländern auf der Basis des Kolonialerbes — der wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit, der Monokulturausrichtung der Wirtschaft und des nicht wertgleichen Austauschs — zu erhalten. Die jungen Partner erheben auch gegen den militärischen Kurs Englands Einspruch, namentlich gegen seine sogenannte Politik östlich von Suez. Heftigen Protest erwecken schließlich die Tendenzen Londons, das geistige und kulturelle Leben der ehemaligen Kolonien, die die nationale Selbständigkeit erworben haben, zu „anglisieren“, ihnen die „britische Denkungsart“ aufzuzwingen.

Die Krise im Commonwealth veranlaßt die herrschenden Kreise Englands, zu lavieren und Zugeständnisse zu machen. Solche Zugeständnisse waren z. B. die Einwilligung in den Ausschuß der SAR aus dem Commonwealth, die Billigung der Abrüstungsresolution von 1961 und die Anerkennung des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz. Solche Zugeständnisse können aber die Hauptursache der Krise nicht beseitigen, die sich des Commonwealth immer mehr bemächtigt: den grundlegenden Widerspruch zwischen den Interessen des britischen Imperialismus und den Interessen der dem Commonwealth angehörenden Entwicklungsländer.

Dabei gerät England mitunter in recht komplizierte Lagen. Ein Beispiel ist die rhodesische Situation. Die Kompromißhaltung, die London den südrhodesischen Rassisten gegenüber bezogen hat, forderte die überwiegende Mehrheit der Commonwealth-Mitglieder von Anfang an zu heftigem Einspruch heraus. Es kam zu einem immer stärkeren Konflikt, der seinen Höhepunkt auf der Konferenz der Ministerpräsidenten im September 1966 erreichte. Schon ihre Zusammensetzung zeigte, daß die Zukunft des Commonwealth nur noch an einem Haar hing. Von 23 Ministerpräsidenten waren nur 13 nach London gekommen. Neun Länder waren durch Minister vertreten. Tansania hatte es überhaupt abgelehnt, teilzunehmen. Die Erörterung der Rhodesienfrage zeigte, daß Englands Politik von allen Mitgliedern des Commonwealth mit Ausnahme Australiens, Neuseelands, Maltas und Malawis abgelehnt wurde.

Die mehr als rassenfreundliche Haltung Londons in der Rhodesienfrage nahm einigen jungen Commonwealth-Mitgliedern die Illusionen, denen sie sich überlassen hatten. Simon Kapwepwe, der Außenminister Sambias, nahm keinen Anstand zu erklären, daß er die britische Politik verabscheue, und Al-

bert Margai, der Ministerpräsident von Sierra Leone, sagte, er habe das Vertrauen zu ihr verloren. Nicht von ungefähr stellte denn auch der *Sunday Telegraph* im Zusammenhang mit dem Rhodesienproblem fest: „In letzter Instanz ist das Commonwealth nur noch ein Märchen, ein Versuch, die Schatten der Vergangenheit zu zitieren.“

Ohne Zukunft

Es ist Tatsache, daß die Politik der „Transformation“ des Kolonialreichs in das Commonwealth keine Zukunft hat. Einer neuen Belastungsprobe wird sie durch Englands Beschluß ausgesetzt, dem Gemeinsamen Markt beizutreten.

Englands Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kann seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Mitgliedern des Commonwealth merklich beeinträchtigen und dessen wirtschaftliche Grundlagen stark erschüttern. Das System der Reichspräferenzen, das über 30 Jahre besteht, wird liquidiert werden. Die britischen Einfuhrzölle für viele Waren aus Commonwealth-Ländern werden empor-schnellen. Wie der *Guardian* Anfang dieses Jahres schrieb, wird England „sich verpflichtet sehen, faktisch die Waren aus den Commonwealth-Ländern zu diskriminieren und dafür europäische Waren zu favorisieren“.

Selbst die „weißen“ Dominions (besonders Neuseeland, dessen Ausfuhr zu mehr als der Hälfte nach den britischen Inseln geht) werden in eine schwierige Lage geraten. Der Mechanismus des Sterlingraums, der auch heute noch für die außenwirtschaftlichen Beziehungen Englands und der anderen Commonwealth-Länder wichtig ist, wird zerrüttet werden.

Der Anteil dieser Länder am britischen Außenhandel hat sich in den letzten sieben Jahren bereits um fast 10 Prozent vermindert. Englands Beitritt zur EWG wird dieses wichtigste Bindeglied innerhalb des Commonwealth noch schwächer werden lassen. Schon heute orientieren sich die ihm angehörenden Länder immer mehr auf den Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen nicht zu England, sondern zu anderen Staaten. So hat sich Nigeria trotz des heftigen Widerstandes Englands mit der EWG assoziiert, und Kenia, Uganda und Tansania haben die gleiche Absicht.

Auch durch die Expansion der imperialistischen Konkurrenten Englands werden dessen Positionen in den Commonwealth-Ländern geschwächt. Gewis-

sen Berechnungen nach hat sich der Export Englands in diese Länder von 1959 bis 1965 nur um 3 Prozent vergrößert, dagegen der der USA um 46 Prozent und der Japans um 12 Prozent. Auch als Absatzmarkt für die Commonwealth-Länder verliert England an Bedeutung. Hauptabnehmer dieser Länder werden die USA.

Natürlich behalten die britischen Monopole noch starke Hebel zur Beeinflussung der Commonwealth-Länder: vor allem die Milliardeninvestitionen in deren Wirtschaft sowie die mannigfaltigen politischen, wirtschaftlichen, militärischen und anderen Bindungen, die sich im Laufe vieler Jahre ergeben haben. Es wäre verfrüht zu sagen, das Commonwealth sei tot. Noch existiert es. Aber unbestreitbar ist auch etwas anderes: In seinem Geschick äußert sich nicht nur die relative Schwächung, die der britische Imperialismus nach dem Krieg im kapitalistischen Weltsystem erlitten hat, sondern auch die Schwächung dieses Systems selbst in der Welt von heute.

USA



„Ich habe genügend Geld, um euch beide auszuhalten. Fühlst du dich jetzt besser?“

International Herald Tribune, USA

USA



International Herald Tribune, USA

H.-C. Paulsens Rezept

—Albert GRIGORIANZ

Bei einer zufälligen Begegnung im Zug klagte mir der namhafte westdeutsche Industrielle Hans-Constantin Paulsen sein Leid: die Flaute habe auch seine Aluminiumwerke in Mitleidenschaft gezogen. Das Tempo der Bauarbeiten habe sich verlangsamt, deshalb sei die Nachfrage nach Metall zurückgegangen.

Ich fragte ihn, wo er einen Ausweg aus der Situation sehe. Die Antwort lautete: in einer radikalen Einschränkung des persönlichen und öffentlichen Verbrauchs. Mit anderen Worten: alle sollen sparen, die Regierung, die Arbeiter, die Angestellten und die Unternehmer.

Paulsen reiste nach Bonn in Angelegenheiten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Ehrenpräsident er ist. Über den Einfluß dieser Vereinigung auf die Regierung braucht man keine Worte zu verlieren. Nicht umsonst figuriert der Aufruf an alle Bevölkerungsschichten, für die Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen Opfer zu bringen, in allen programmatischen Erklärungen des Kabinetts Kiesinger.

Indes hat sich die Wirtschaftslage der Bundesrepublik verschlechtert. Das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung hat auf seine Umfrage unter Industriellen über Aussichten einer Überwindung der Rezession größtenteils pessimistische Antworten erhalten. Die meisten Unternehmer sind der Ansicht, daß die Flaute noch lange anhalten werde. Wirtschaftsminister Schiller hat im Fernsehen zugegeben, daß „die konjunkturelle Talfahrt noch nicht beendet“ sei.

Hier die Statistik: In den ersten vier Monaten 1967 erhielt die Industrie der Bundesrepublik um 10 Prozent weniger Aufträge als im gleichen Zeitraum 1966. Wegen Absatzschwierigkeiten sind die Produktionskapazitäten Westdeutschlands zu 75–80 Prozent ausgelastet.

Von Mai v. J. bis April 1967 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie um 617 000, d. h. um 7 Prozent, zurückgegangen.

Die Resultate des zweiten Quartals berechtigten zu gewissen Hoffnungen. Kommentatoren waren der Ansicht, daß die Produktionsflaute zu Ende sei. Die Faktoren, die das ökonomische Krankheitsbild in Westdeutschland seit langem bestimmen, wirken jedoch weiter. Die Zuwachsrate des Brutto-Nationalprodukts sinkt. Zwischen 1950 und 1955 betrug sie 9,3 Prozent, zwischen 1955 und 1960 6,3 Prozent, zwischen 1960 und 1965 4,8 Prozent. Seit Monaten stagniert der Export. Von Investitionen kann keine Rede sein, da ein Fünftel der Ausrüstungen brachliegt. Der persönliche Verbrauch geht zurück. Im Lande werden zur Zeit rund eine halbe Million Arbeitslose gezählt.

Die Depression zeichnete sich schon vor Jahren ab. Das äußerte sich in einer Strukturkrise gewisser Branchen, besonders der Kohlenindustrie. Die stillgelegten Zechen waren bald in der Industrielandschaft des Ruhrgebiets gang und gäbe. In zehn Jahren ist die Zahl der Kumpel im „kranken“ Ruhrgebiet auf die Hälfte zurückgegangen. In Essen sagten mir Vertreter des Unternehmensverbands Ruhrbergbau, daß eine Kürzung der Kohलगewinnung von 120 Millionen auf 100, ja auf 80 Millionen Tonnen jährlich bevorstehe. Das heißt, daß im Bergbau der Bundesrepublik eine Verschärfung der Krise eintritt. Die Unternehmer beabsichtigen für 1967 weitere 30 Zechen stillzulegen. 80 000 Kumpel werden auf die Straße gesetzt.

Im Herbst v. J. griff die Krise auf die Montanindustrie über. Die Presse schrieb von einer „Stahlrezession“. Auch in dieser Branche werden Betriebe geschlossen, Kurzarbeit eingeführt und Massenentlassungen vorgenommen. Viele Leute in Westdeutschland, mit denen

ich damals sprach, behaupteten, heutzutage seien Kohle und Metall ebenso wie Textilien oder Schiffbau kein Gradmesser der Konjunktur. Die herkömmlichen Branchen seien von Natur aus Konjunkturschwankungen ausgesetzt. Dafür seien die modernen Branchen gegen Krisen gefeit.

Die Wirklichkeit hat diese Behauptungen Lügen gestraft. Zum Beispiel der Kraftwagenbau, eine führende und durchaus moderne Branche der westdeutschen Wirtschaft. Die Herstellung von Motoren, Reifen, Glas, Lacken, Elektroausrüstungen u. dgl. beschäftigt 3 Millionen. Mit ihren Familien sowie mit dem Personal der Kraftwagenbedienung macht das ein Fünftel der Bevölkerung aus. Seit Ende 1966 ist Zehntausenden Arbeitern entweder Kurzarbeit aufgezwungen oder gekündigt worden.

In den Werkhallen und den Magazinen der Volkswagenwerke sah ich stapelweise Ersatzteile und ganze Aggregate des berühmten „Käfers“, der die Hauptsparte des westdeutschen Exports darstellt. Man sagte mir, das seien Reserven. Sind sie aber nicht zu groß?

Worauf beruht der üble Stand der westdeutschen Wirtschaft? Die jetzige Depression hat viele auswärtige und innere Gründe. Das „freie Unternehmertum“ kann den zyklischen Charakter seiner Entwicklung ebensowenig abschütteln wie seinen eigenen Schatten. Da helfen keine Beschwörungen seiner Ideologen, auch nicht die titulierten Professoren, die Mitglieder der CDU oder der SPD sind. Die entscheidende Ursache der Rezession und der Finanzkrise ist aber zweifellos die Politik der herrschenden Kreise.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist den Ausgaben im Zusammenhang mit der Militarisierung und der auswärtigen Expansion der Monopole nicht gewachsen. Die Entziehung erheblicher Ressourcen und Finanzmittel aus der Produktionssphäre für das Rüstungsrennen untergräbt die Volkswirtschaft und desorganisiert die Finanzen. Die Devise „Kanonen und Butter“ ist völlig haltlos.

Andrerseits treten westdeutsche Konzerne auf dem Weltmarkt auf, bestrebt, die Konkurrenz auszusteichen und sich in einigen Weltgebieten, vor allem in Westeuropa, Vormachtstellungen zu ergattern, und das erlegt der Wirtschaft eine weitere Bürde auf. Da gilt es nun, für eine ständige und kostspielige Modernisierung der Produktion zu sorgen, Betriebskapazitäten zu schaffen, die weit über den Binnenbedarf und über die Belange des normalen Exports hinausgehen.

Es wäre naiv, von Bonn zu erwarten, einen Ausweg aus der Depression durch Überprüfung seiner Politik zu suchen. Die Maßnahmen, die gegenwärtig am Rhein ergriffen werden, sollen einerseits das Rüstungs- und Industriepotential des Landes weiterentfalten und andererseits Voraussetzungen für einen weiteren Vormarsch der westdeutschen Monopole auf den Außenmärkten schaffen.

Ende Juni wurde ein „Memorandum des deutschen Atomforums“ veröffentlicht. Darin hieß es, daß es Westdeutschland in den letzten zehn Jahren gelungen sei, eine leistungsfähige Kernforschung und kerntechnische Industrie aufzubauen. Zwecks weiteren Ausbaus verlangt das Forum von Bonn neue Zuwendungen.

Den Industriellen gesellen sich die Generale hinzu. „Die Streitkräfte müssen im laufenden Rhythmus der Modernisierung erhalten werden“, erklärte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière.

Diese Forderungen werden praktisch erfüllt. Da genügt der Hinweis auf folgendes: Am Rhein werden Pläne zur Modernisierung der Luftwaffe entworfen, die Kriegsmarine wird mit Tartar-Raketen ausgerüstet, Bonn beteiligt sich an diversen gemeinsamen Vorhaben, darunter an dem horrend kostspieligen amerikanisch-westdeutschen Projekt eines senkrecht startenden und landenden Düsenjägers.

Als die „große Koalition“ zustande kam, sprachen die Industriekreise dem SPD-Politiker Karl Schiller ihr Vertrauen aus, denn „unternehmerfreundlicher“ als dieser Minister hatte sich kein Politiker zeigen können (Mercator im Stern). Schiller sieht seine Hauptaufgabe wirklich darin, den Großmonopolen aus dem wirtschaftlichen Schlamm herauszuhelfen. Dabei werden die Interessen der werktätigen Bevölkerungsschichten mit Methode beeinträchtigt.

Schiller begann damit, daß er die In-

vestitionssteuern senkte. Er versicherte, er bringe den Unternehmern volles Verständnis dafür entgegen, ihre Gewinne erhöhen zu wollen, und suchte die Gewerkschaften zu „gemäßigten“ Lohnforderungen zu bewegen. Das ist auch die Substanz von Schillers Theorie „vereinbarter Handlungen“ oder einer „sozialen Symmetrie“.

Er erklärt unumwunden, die Akkumulation von Kapital habe den Vorrang, deshalb müßten die Gewerkschaften in ihren Forderungen von den Bonner Kontrollziffern ausgehen. Für 1967 hat Schiller die Höchstgrenze der Lohnforderungen mit 2,7 Prozent festgesetzt.

Ferner fordert Schiller die Gewerkschaften auf, die Zuwachsrate des Brutto- sozialprodukts zu berücksichtigen und ihre Forderungen danach zu richten. Dabei setzt er sich über den Umstand hinweg, daß für die Gewerkschaften nicht die Zuwachsrate, sondern die Verteilung des Sozialprodukts entscheidend ist, die in der Bundesrepublik sehr ungerecht ist. Trotz der ungünstigen Konjunktur gehen die Akkumulation und die Konzentration des Eigentums in den Händen eines kleinen Häufleins weiter. Dem sind Schillers Maßnahmen förderlich, namentlich die Begünstigungen für das Kapital in Form spezieller Abschreibungen. Unterdessen besteht fak-

tisch ein Lohnstopp für viele werktätige Gruppen.

Die Theorie „vereinbarter Handlungen“ bezweckt, die Gewerkschaften zu einer „freiwilligen“ Einschränkung ihrer sozialökonomischen Forderungen zu zwingen, die Gewerkschafter an einen Tisch mit den Unternehmern zu setzen, damit sie Schritte zur Überwindung der „konjunkturellen Talfahrt“ vereinbaren.

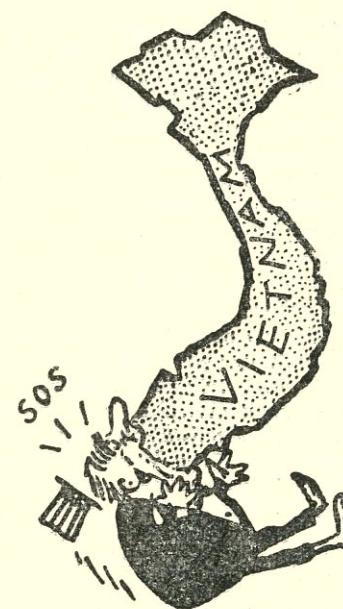
Ende v. J. traf sich Schiller mit führenden Persönlichkeiten des DGB. Nach siebenstündiger Debatte erklärten sich die Gewerkschaftsführer zu einer „vereinbarten Aktion“ bereit unter der Bedingung, daß auch andere Wirtschaftskräfte mittun würden. Darin äußerte sich die Parteidisziplin vieler DGB-Führer, die der SPD angehören. Eine gewisse Rolle spielte auch die Erwägung, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik zur Sanierung der Wirtschaft beitragen und somit den Beschäftigungsgrad garantieren würde. Sobald der Aufstieg beginnt, werde man das schon nachholen. Einige Gewerkschaftsführer erwarteten auch von den Unternehmern „guten Willen“ und die Bereitschaft zu einer „vereinbarten Aktion“.

Diese wie auch andere Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Die Unternehmer benutzen die Rezession zu einer geballten Offensive gegen das Lebensniveau der Werktätigen. Sämtliche Vergünstigungen und Zulagen werden gestrichen, Massenentlassungen vorgenommen, von Lohnerhöhung will das Kapital nichts wissen. Die „vereinbarten Aktionen“ führen dazu, daß die Arbeiter materiell und sozial schlechter dastehen.

Da kommen mir Gespräche in den Sinn, die ich vor kurzem mit Gewerkschaftern hatte. Sie sagten einmütig, daß der Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter gewachsen sei. Drei Viertel der Montanfirmen haben die Tarifsätze herabgesetzt. Die Vergünstigungen und die sozialen Leistungen werden abgeschafft. Die Arbeiter fürchten, krank zu werden, und wollen sich nicht krankschreiben lassen, um nicht entlassen zu werden.

Es liegt also ein Rezept von H.-C. Paulsen zur Kurierung der bundesdeutschen Wirtschaft vor. Die gefährliche Politik der nuklearen und territorialen Ambitionen, die Großmachtexpansionsansprüche der westdeutschen Monopole sollen von den werktätigen Massen bezahlt werden.

Harte Nuß



Von Binh, Demokratische Republik Vietnam

Milan HLADKÝ,
Vorsitzender
des Volksrats
von Bratislava

Bratislava wird modernisiert

Im Juli tagte in der ČSSR der 9. Kongress des Internationalen Architektenverbandes. Er begann in Prag und endete in Bratislava. Die Teilnehmer beschlossen, sich nicht mit theoretischen Referaten zu begnügen, sondern zu sehen, wie Probleme des modernen Städtebaus praktisch gelöst werden. Wir fanden, daß die Bautätigkeit in Bratislava von Interesse sein kann.

Die Hauptstadt der Slowakei liegt zwischen zwei europäischen Bergzügen. Nördlich von der Donau nehmen die Karpaten ihren Anfang, südlich die Alpen. Die Ausläufer der Karpaten reichen dicht an die Donau heran, auf einem ihrer steilen Felsen steht die Burg von Bratislava.

Zu Anfang unseres Jahrhunderts wohnten nicht gar so viele Slowaken in Bratislava. Im Jahre 1916 machten sie nur 16 Prozent der Einwohnerschaft aus. Im Laufe der 50 Jahre, die seitdem vergangen sind, hat sich das sehr gewandelt, und heute sind 90 Prozent der Einwohner Slowaken.

Die Zusammenballung von Slowaken war einer der Faktoren, die Bratislava im Hinblick auf seine soziale und politische Bedeutung zur zweitwichtigsten Stadt der ČSSR gemacht haben. Ein anderer, noch wichtigerer Faktor war die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Die Slowakei, die vor dem Kriege ungefähr 8 Prozent der industriellen Bruttoproduktion des Landes leistete, hat es jetzt auf 21 Prozent gebracht. Ein großer Teil der Betriebe befindet sich in Bratislava.

Unsere Stadt ist ein Brennpunkt der slowakischen Chemie. Die Slowakei aber liefert heute 30 Prozent der chemischen Erzeugnisse, die im Lande hergestellt werden. Das hier gebaute Kombinat Slovnaft verarbeitet Erdöl, das ihm durch eine Ölleitung aus der Sowjetunion zufließt. Bis 1970 wird es etwa 73 Prozent sämtlicher Erzeugnisse der Erdölchemie liefern. Zusammen mit der

alten Chemiefabrik hat das Kombinat Bratislava zu einer Chemiestadt gemacht. Die wasserreiche Donau bietet eine notwendige Voraussetzung dafür.

In Bratislava entwickelt sich auch der Maschinenbau, und wir haben noch andere Betriebe. Vorläufig aber herrscht hier die Kleinproduktion vor. Die industriellen Betriebe sind zu vier Fünfteln kleine Fabriken.

Trotz des großen Anteils der Industrie an der Wirtschaft der Stadt ist mehr als die Hälfte der berufstätigen Einwohnerschaft (54 Prozent) in der nichtproduktiven Sphäre beschäftigt: bei den Dienstleistungen, in Forschungsinstituten, Hochschulen und der Verwaltung. Das ist nur natürlich. An den Hochschulen der Stadt studieren 26 500 junge Menschen, das sind mehr als die Hälfte aller Studenten der Slowakei.

Schnell steigt die Zahl der Forschungen Beschäftigten. Wir schätzen, daß sich diese Kategorie bis 1980 verdoppeln wird. Im Westen der Stadt wird eine Forschungssiedlung der Slowakischen Akademie der Wissenschaften gebaut. In der Nähe soll ein Rechenzentrum der UNO entstehen.

Vor kurzem ist ein ungefährender Plan für den Ausbau und die Modernisierung von Bratislava bestätigt worden, in dem der Einwohnerzuwachs berücksichtigt ist. Jetzt hat die Stadt 275 000 Einwohner, bis 1980 wird sie rund 350 000 haben.

In dem Plan spiegeln sich die neuesten Begriffe von einer modernen Stadt wider. Sie wird nicht als ein abgeschlossener Komplex angesehen, sondern als etwas, das kompositionsmäßig und funktionell mit ihren Vororten zusammenhängt. Täglich kommen aus diesen rund 50 000 Personen nach Bratislava. Laut Plan sollen rings um die Stadt im Umkreis von 20 Kilometern Satellitenstädte gebaut werden.

Die Stadt tritt also über die Grenzen hinaus, die sie in ihrer Entwicklung hemmen. Bisher haben wir im Osten gebaut. Jetzt sollen die Hügel im We-

sten und das andere Donauufer bebaut werden, wo keine industriellen Betriebe stehen und es bis zum Wald und zur Erholungszone nur ein Katzensprung ist.

Das ist auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zweckmäßig. Die Bauarbeiten ausschließlich im Osten haben dazu geführt, daß sich das Stadtzentrum im historischen Teil der Stadt, unterhalb der Burg, allmählich verlagert und sich sozusagen von den Wohnvierteln entfernt hat. Die meisten Ämter, Institute und Dienstleistungsbetriebe befinden sich aber rings um die Burg. Hier ist ein Viertel aller Berufstätigen beschäftigt. Unsere Soziologen haben ausgerechnet, daß die Leute für die Fahrt zur Arbeit und zurück und tagsüber zu allen möglichen Angelegenheiten viel Zeit brauchen.

Schon sehr bald wird dieses Problem durch den Wohnungsbau westlich und südlich der Donau weitgehend gelöst. Zur Zeit kommt der Bau des Ružinov-Bezirks für 60 000 Bewohner zum Abschluß, und der Bau zweier weiterer Bezirke, im Westen und Süden der Stadt, am anderen Donauufer, läuft an. Der neue Bezirk jenseits der Donau wird 80 000—100 000 Einwohner haben. Wir haben einen internationalen Wettbewerb um das beste Projekt ausgeschrieben und 85 Projekte erhalten.

Eine neue Hängebrücke über die Donau wird das entstehende Neubauviertel im Süden mit dem Zentrum verbinden und gleichsam eine internationale Verkehrsader, zwischen Österreich und Ungarn, in die Stadt einbeziehen.

Im Plan für die Modernisierung von Bratislava berücksichtigen wir, daß die Donau für uns wirtschaftlich immer wichtiger wird. Augenblicklich werden Bauprojekte für eine oder zwei wasserwirtschaftliche Anlagen in der Nähe unserer Stadt erörtert. Wir werden sie wahrscheinlich zusammen mit Ungarn und Österreich bauen. Die Anlagen werden zusätzlichen Strom liefern, sie werden die Stadt, besonders das rechte Ufer, vor Überschwemmungen bewahren und darüber hinaus bessere Verhältnisse für die Schifffahrt schaffen. Durch den Bau des Donau—Rhein-Kanals und des wasserwirtschaftlichen Systems Donau—Oder—Elbe wird die Donau immer mehr eine wichtige Verkehrsader.

In der Nähe von Bratislava wird eine Abzweigung des Oder—Elbe-Kanals vorbeiführen (in der Mur-Niederung), sie wird unsere Verbindung mit dem Meer erweitern, und das ist sehr wichtig, denn unser Land ist eins der vier mitteleuropäischen Länder, die keinen direkten Zugang zum Meer haben.

Die Ernte in der DRV

Die amerikanische Luftwaffe hat den Tra-Ly-Deich im Kreise Dong Quang (Provinz Thai Binh) wiederholt mit Bomben belegt, sie hat Hunderte auf ihn abgeworfen. Dennoch ist es ihr nicht gelungen, ihn zu zerstören und eine Überschwemmung zu verursachen. Nach jedem Überfall eilten Bauern mit Spaten und Körben voll Erde zu den Durchbruchstellen, besserten sie aus und schütteten die Trichter auf den Reisfeldern zu.

Die Provinz Thai Binh liegt im Delta des Roten Flusses. Sie hat fruchtbaren Boden. Unter der französischen Kolonialherrschaft konnte sie sich aber keiner reichen Reisernten rühmen. Erst in den letzten Jahren ist sie eine wahre Kornkammer des Landes geworden.

Voriges Jahr brachten dort die Bauern eine reiche Ernte ein: fünf Tonnen Reis je Hektar. Selbstverständlich war es nicht einfach, unter den schweren Kriegsverhältnissen so einen Ertrag zu erzielen. Auch die Witterung war ungünstig. Erst goß es in Strömen, dann trat Dürre ein, und am Ende der Saison gab es eine Überschwemmung. Und doch haben die Bauern gesiegt.

„ZUR ENTWICKLUNG DER SOWJETISCHEN WIRTSCHAFT“

Bitte gestalten Sie mir, einige meiner Gedanken zum Artikel „Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft“ von Prof. Lieberman (Heft 29) zu äußern.

Im Westen wird nach folgender Devise verfahren: Dem Osten dauernde Mißerfolge nachzusagen oder seine Erfolge zu diskreditieren. Dabei verfährt man nach dem Rezept, daß alles nur vom Kapitalismus abgesehen sei. Das Ziel dieser Theorie ist klar: Man möchte den Sozialismus so erscheinen lassen, als sei er nichts Neues und nur ein etwas veränderter Abklatsch des Kapitalismus.

Dabei vergißt man oder übergeht mit Absicht, daß es ökonomische Gesetze gibt, die Allgemeingültigkeit haben und nicht etwa eine Erfindung des Kapitalismus sind. Sie gelten natürlich auch bei uns.

Wenn uns dann unsere Feinde deswegen auch noch Abkehr vom Marxis-



Im Winter und Frühjahr 1966/67 haben die Bauern der DRV überall große Erfolge erzielt. Wie die Wochenschrift *Courier du Vietnam* mitteilt, sind die Reisernten in der Republik gut. Beide Ernten dieses Halbjahrs sind viel besser als die vorjährigen. Auch die Herbsternste verspricht, gut zu werden. Wesentlich größer sind die Anbauflächen für Bataten, das zweitwichtigste Nahrungsmittel der vietnamesischen Bauern nach dem Reis.

Die Bauern Vietnams arbeiten opfermutig. Dank dem Kurs auf eine Stärkung der Genossenschaften konnte die materielle und technische Basis der

Landwirtschaft konsolidiert werden. In den letzten beiden Jahren sind in mehr als 3000 Genossenschaften kleine Maschinenschlosserwerkstätten eingerichtet worden.

Auf den Feldern Vietnams trifft man jetzt selten junge Männer an. Fast alle sind in der Armee, in der Volkswehr oder bei den freiwilligen Transportbrigaden, die vom Feind zerstörte Brücken und Straßen wiederherstellen. In den Dörfern ruht die ganze Arbeit auf den Schultern der Frauen. Sie gehen mit Gewehren aufs Feld wie das Mädchen aus der Provinz Thai Binh, das Sie auf unserem Foto sehen.

A. P.

Leserbriefe

mus vorwerfen wollen, dann ist das zumindest verdächtig. Ich glaube, wenn uns unsere Feinde loben, haben wir etwas falsch gemacht. Versuchen sie uns aber von unserem Weg abzubringen, dann ist das, was wir machen, nicht falsch.

Volkmar Wündschittel
Glashütte, DDR

HELFERSHELPER DES AGGRESSORS

Ich bin Sozialist und gehöre selbstverständlich zu denen, die über die ungeheuerliche Aggression im Nahen Osten empört sind. Viele konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung dieser Aggression wurden außerhalb Israels getroffen, z. B. bei uns in England. Ich weiß, daß schon ab 1964 auf Malta Manöver stattfanden, bei denen ein Beistand für Israel durchgespielt wurde. Drei Wochen vor Beginn der Kampfhandlungen im Nahen Osten wurden in England Tausende Juden zu Truppenteilen einberufen, die zum Abtransport nach

Israel bestimmt waren. Die hier angeführten Tatsachen waren für den Gang der Ereignisse natürlich nicht entscheidend. Sie bestätigen aber ein übriges Mal, daß die Imperialisten, die früher im Nahen Osten schalteten und walteten, ihre Ansprüche auf den Suezkanal, auf freien Zugang zum nahöstlichen Erdöl und das angebliche Recht auf die Alleinherrschaft über Gebiete der VAR nicht aufgeben wollen.

T. T.

Hampstead, London

DER MÖRDER MUSS BESTRAFT WERDEN!

In der Neuen Zeit Nr. 31/67 vom 2. August fand ich auf den Seiten 21/22 den Artikel „Wie Tshombe in die Falle ging“. Ich freue mich außerordentlich, daß man dieses Subjekt endlich gefangen hat, das an dem Mord an Patrice Lumumba schuld ist, und daß er endlich der gerechten Strafe zugeführt werden soll.

Otto Stahl
Rauda, DDR

Die Tragödie der italienischen Auswanderer

Italien ist das einzige EWG-Land, das Arbeitskräfte exportiert. In Frankreich gibt es gegenwärtig 680 000 italienische Einwanderer. 550 000 Italiener arbeiten in der Schweiz, 350 000 in Westdeutschland, 220 000 in Belgien, 160 000 in England und 48 000 in anderen europäischen Ländern.

Zwischen 1946 und 1966 wanderten mehr als 6 Millionen Italiener aus, darunter mehr als 4 Millionen nach Europa und 2 Millionen nach Übersee. Berücksichtigt man die Zahl der Heimkehrer in dieser Zeit, so kann man annehmen, daß in den letzten 20 Jahren 4 Millionen Italiener, größtenteils Arbeiter, ihre Heimat verlassen haben.

Einer der größten Anhänger der italienischen Emigration war der langjährige demochristliche Führer Alcide De Gasperi. Als sich das Land nach dem Kriege vielen schwierigen Problemen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau gegenüber sah, forderte er die Werkstätten Südtaliens (von denen viele Analphabeten waren) dazu auf, „Fremdsprachen zu lernen“, um zur Auswanderung gerüstet zu sein. Der jetzige Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei, Mariano Rumor, sprach 1949 in einer Rede des langen und breiten von der Notwendigkeit, die Auswanderung zu fördern. Er erklärte sogar, daß die Wirtschaftshilfe der USA sich als nutzlos erweisen könne, falls der „innere Druck“ im Lande das Gleichgewicht stören sollte, dessen „essentielle Bedingung ein erträgliches Existenzminimum ist“.

In die gleiche Kerbe haute 1949 der heutige Außenminister Amintore Fanfani,

der damals Arbeitsminister war. Vor dem Nationalen Arbeitskongress für Auswanderung in Bologna sagte er, Italien brauche dringend neue Absatzmärkte für Arbeitskräfte zur Beschleunigung der Auswanderung und müsse diese Märkte ausfindig machen, um „die Geißel der Arbeitslosigkeit zu lockern“.

Wie man sieht, betrachteten Führer der Demochristlichen Partei, die 1948 zur Regierungspartei Italiens wurde, das

| | Europäische Länder | Nichteuropäische Länder | Insgesamt |
|------|--------------------|-------------------------|-----------|
| 1946 | 102 648 | 7 078 | 109 726 |
| 1950 | 51 729 | 140 208 | 191 937 |
| 1954 | 107 688 | 140 198 | 247 886 |
| 1958 | 269 332 | 97 450 | 366 782 |
| 1962 | 315 795 | 49 816 | 365 611 |
| 1966 | 215 000* | 77 000* | 292 000* |

* Schätzungsweise

Es wäre natürlich falsch zu meinen, daß die Ausdehnung der Emigration, selbst in dem Massenumfang nach 1948, die demochristlichen Führer ihren Zielen nähergebracht hätte. Die Rolle der Auswanderung als „Sicherheitsventil“ ist relativ begrenzt.

Eine weitaus größere Rolle bei der Festigung des italienischen Kapitalismus spielte die Auswanderung als Devisenquelle. Diese Funktion erfüllt sie auch heute. Nach amtlichen Angaben betrugen die Überweisungen von Auswanderern an ihre Familien im italienischen Devisenwechselbüro von 1946 bis 1966 rund 5 400 000 000 Dollar. In Wirklichkeit aber kann das Büro nicht alle Geldüberweisungen registrieren, da

Auswanderungsproblem vor allem als ein politisches Problem. Die Auswanderung war für sie ein „Sicherheitsventil“ zur Erhaltung der kapitalistischen Zustände, indem man den Druck der Arbeiter, Arbeitslosen, Landarbeiter und ärmsten Bauern lockerte, die Reformen der wirtschaftlichen und politischen Struktur forderten. Man denke doch an die Bewegung für Verteilung der brachliegenden Gutsländereien unter die Landarbeiter und Bauern des Südens und daran, daß 1949—1950 Betriebe von Arbeitern besetzt wurden. Große Hoffnungen machte man sich damals von den Geldüberweisungen der Auswanderer an ihre Familien. Auf diese Weise wollte man den Devisenzustrom jäh erhöhen, was den Staat befähigt hätte, die Zahlungsbilanz ins Lot zu bringen und seine Finanzpolitik ungehindert zu betreiben.

1946—1966 sah die Fluktuation der italienischen Auswanderung folgendermaßen aus:

ein Teil von ihnen auf nichtoffiziellen Kanälen hereinkommt. Die Emigranten schicken ihren Familien das Geld auf verschiedensten Wegen. Außerdem bringen sie ihre Ersparnisse mit, wenn sie im Urlaub nach Hause kommen (durchaus möglich, daß solche Deviseneingänge als Einkünfte aus dem Fremdenverkehr geführt werden). Es wird angenommen (auch in Regierungskreisen), daß diese Geldüberweisungen an die Überweisungen auf offiziellen Wegen heranreichen. Somit dürften die Geldüberweisungen der Auswanderer in besagter Zeitspanne mindestens 9—10 Milliarden Dollar, d. h. rund 6 Billionen italienische Lira ausgemacht haben. Vergleichsweise: die Währungsreserven

der Italienischen Staatsbank beziffern sich gegenwärtig auf höchstens 3,2 Milliarden Dollar.

Es ist ferner hervorzuheben, daß in den letzten 5—6 Jahren die Auswanderer immer höhere Geldsummen auf offiziellem Wege überwiesen. 1958 betrugen diese im Devisenwechselbüro registrierten Geldüberweisungen mehr als 267 Millionen Dollar; 1962 waren es mehr als 508 Millionen und 1966 mehr als 700 Millionen Dollar. Somit kommt der Auswanderung unter den Verhältnissen der jetzigen italienischen Wirtschaft eine immer größere Bedeutung zu.

Die amtlichen Vertreter verweisen gewöhnlich auf wirtschaftliche und soziale Veränderungen der letzten Jahrzehnte in Italien, z. B. auf das Wachstum der Wirtschaft, auf die Umwandlung Italiens aus einem Agrar-Industrie in ein Industrie-Agrar-Land, auf die Stabilität der Lira, auf die höheren Währungsreserven, auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit (übrigens ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwei Jahren wieder gestiegen und beträgt gegenwärtig 1—1,3 Millionen). Bei der Aufzählung der diversen Leistungen hüten sich die herrschenden Kreise jedoch wohlweislich, Angaben über die Auswanderung zu machen, denn sonst träten ja nicht nur die organischen Gebrechen des italienischen Kapitalismus, sondern auch der hohe Preis zutage, den die Volksmassen, vor allem die Bevölkerung des Südens und anderer wirtschaftlich rückständiger Gebiete, für diese Entwicklung des Kapitalismus in ihrem Lande zahlen müssen.

Die Auswanderung war und bleibt immer noch ökonomisch und politisch ein wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Akkumulation Italiens. Die Folge ist, daß die historisch entstandenen Mißverhältnisse und Gegensätze der italienischen Gesellschaft nicht nur weiterbestehen, sondern sich auch in vieler Hinsicht noch verschärfen.

In den letzten Jahren sind in einigen westeuropäischen Ländern wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden, die der italienischen Auswanderung merk-

liche Schranken gesetzt haben. Die Einwanderung nach der Schweiz wird durch die Maßnahmen der dortigen Behörden gedrosselt, die die Zahl der Fremdarbeiter herabsetzen wollen. In der Bundesrepublik sind nun beträchtlich weniger Italiener beschäftigt. In Westdeutschland ist die Arbeitslosenzahl auf mehr als eine halbe Million gestiegen. In Frankreich wurden Ende Januar 350 000 Arbeitslose gezählt (die höchste Zahl der letzten fünf Jahre), in England sind 544 000 Personen erwerbslos. Auch in den Beneluxländern ist ein Rückgang der Produktion und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten.

Unter diesen Umständen sucht die Zentrum-Linken nach neuen Absatzmärkten für die Arbeitskräfte, um den Rückgang der Auswanderung nach europäischen Ländern wettzumachen. So verringerte sich 1966 die Auswanderung nach Westeuropa um 7,1 Prozent, während die nach nichteuropäischen Ländern um 53 Prozent anwuchs. Die Auswanderung nach Übersee, die zudem in Kanada, Australien und in den USA auf dem Gesetzwege eingeschränkt

wird, kann wohl kaum den Rückgang der Emigration in die westeuropäischen Länder wettmachen.

Darauf ist das Streben der italienischen Regierung zurückzuführen, einen Beschluß der EWG durchzusetzen, daß die Arbeitskräfte aus den EWG-Ländern auf den dortigen Arbeitsmärkten den Arbeitskräften aus anderen Ländern bevorzugt würden. Das bedeutet, daß man mehr Arbeitsplätze für die italienischen Einwanderer auf Kosten der spanischen, portugiesischen, griechischen und türkischen Fremdarbeiter in den EWG-Ländern erhöhen möchte.

Anfang d. J. fand auf Anregung der KP Italiens in Rom eine Landeskonzferenz für Auswanderungsfragen statt. An ihr nahmen 3000 Delegierte aus vielen Gebieten Italiens sowie aus den westeuropäischen Ländern teil, wo es die meisten italienischen Einwanderer gibt. Die Konferenz machte erneut darauf aufmerksam, daß die Tragödie der Auswanderung ein Zentralproblem im Leben Italiens ist. In ihren Beschlüssen wurde die Notwendigkeit betont, daß man im Süden wie auch im ganzen Lande den politischen Massenkampf für eine Entwicklung der italienischen Wirtschaft entfalten müsse, der zu einer Lösung der Lebensprobleme der italienischen Nation führen könnte.

Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, die Lösung der Agrarfrage und der Frage des Südens, die baldigste Durchführung von hydrogeologischen und Meliorationsarbeiten, die in ganz Italien Schutz von Hochwasser bieten würden, die demokratische und antimonopolistische Programmierung der wirtschaftlichen Entwicklung: das sind einige der kardinalen Aufgaben von heute. Daher auch das Interesse, das die Initiative der Kommunisten im ganzen Lande gefunden hat.

Der beharrliche Kampf der Kommunisten für die Tilgung der alten Gebrechen der italienischen Gesellschaft gewinnt im arbeitenden Volk von Italien immer mehr Rückhalt.

USA



„Das ist besser als eine richtige Kur, denn es kostet nichts.“

International Herald Tribune, USA

Das weltbekannte Haus Rothschild, das jetzt genau 150 Jahre besteht, wird von Grund aus umgebaut. Seine Besitzer verzichten auf die „Familienstruktur“ der Hauptinstitute ihres Finanzimperiums, obwohl sie sie zuvor nie anrühren ließen.

Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte Baron Guy de Rothschild stolz, seine Vorfahren hätten ihren gewaltigen Reichtum nur durch Fleiß und Sparsamkeit zusammengetragen. In Wirklichkeit bereicherten sie sich anfangs hauptsächlich durch Kriegsgewinne, Söldnerschacher und Börsenspekulationen.

1815. Die Schlacht von Waterloo. Die Londoner Börse fiebert. Gespannt wartet alles auf den Ausgang der Schlacht, von der das Geschick der Wertpapiere der kriegführenden Mächte abhängt. Ein Sieg Napoleons, und die Obligationen der Länder der antifranzösischen Koalition, vor allem Englands, wären entwertet, während seine Niederlage ihren Kurs sofort anziehen ließe. Nathan Rothschild erfährt durch einen auf den Kontinent entsandten Agenten als erster in London vom Ausgang der Schlacht und beginnt, britische Obligationen abzustößen. Die Börse wittert eine Niederlage der Verbündeten. Man hat es eilig, britische Aktien loszuwerden, ihr Kurs sinkt unaufhaltsam, und Rothschild kauft sie in rauen Mengen auf.

Wenige Stunden später erfahren alle vom Sieg der Verbündeten, und der Kurs dieser Aktien schnellst empor. Nathan Rothschild ist zum ersten unter den reichen Männern Europas geworden. Von da an werden die Rothschilds die Bankiers der Heiligen Allianz genannt.

Nachdem sie ihr faktisches Monopol auf dem europäischen Geldmarkt errichtet haben, machen sie sich die Schwierigkeiten zunutze, die die Staaten bei der Auflegung von Anleihen haben. Das Haus Rothschild gewinnt gewaltigen Einfluß in ganz Europa. Zu jener Zeit zählt es bereits fünf Linien: die Frankfurter, die Londoner, die Pariser, die Wiener und die neapolitanische.

Von diesen fünf gibt es heute nur noch zwei, die Pariser und die Londoner, aber absolut gesehen, sind die Schätze, über die die Finanzgruppe Rothschild verfügt, heute größer denn je. Ihre unmittelbaren und mittelbaren Aktiva beliefen sich 1962 auf rund 40 Milliarden Frank, 1966 aber bereits auf

Umstellung im Hause Rothschild

Gennadi WLASSOW

mehr als 47 Milliarden, eine Summe, die ungefähr 13 Prozent des gesellschaftlichen Brutto Produkts von Frankreich ausmacht.

Aber die Zeiten ändern sich. Die Rothschilds der Mitte unseres Jahrhunderts sind nicht mehr die allmächtigen Rothschilds des 19. Jahrhunderts. Heute müssen sie ihre wirtschaftliche Herrschaft und ihren politischen Einfluß in Frankreich und in der kapitalistischen Welt überhaupt mit anderen mächtigen Gruppen des Finanzkapitals teilen. Dieser Wandel in der Lage der Rothschilds hängt mit den allgemeinen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Monopolen zusammen, mit dem Wachstum der neuen wie auch einer Reihe von alten Gesellschaften, mit der beschleunigten Entwicklung vieler moderner Wirtschaftszweige und mit der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Frankreich und im Westen überhaupt.

Die bisherige Organisation der Rothschildgruppe entsprach den neuen Bedingungen des Konkurrenzkampfes nicht mehr. Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der neuen Industriezweige wie auch die Vergrößerung der Maßstäbe des Produktionsapparats ruft den Bedarf an sehr großen Investitionen hervor, den einzelne Familienfirmen nicht mehr decken können, da ihre finanzielle Basis fast nur in Eigenkapital und in den Einlagen eines sehr kleinen Personenkreises besteht. Die gewaltigen Mittel, die zur Finanzierung der Industriekonzerne nötig sind, werden jetzt durch das Angebot zahlreicher Einlagen, darunter auch kleiner, beschafft.

Andererseits verlieren einzelne Familien die Fähigkeit, eine Monopolkontrolle über eine Gruppe von Banken und Industriegesellschaften auszuüben. Die Aktienpakete der einzelnen Gesellschaften zersplittern sich auf verschiedene Banken, die von unterschiedlichen Familiengruppen kontrolliert werden. Solche Gesellschaften können nur von einem Bund mehrerer Bank- und Industriemonopole überwacht werden.

Schließlich bietet eine auf dem Familienprinzip fußende Organisation angesichts der schwankenden Konjunktur im Westen eine geringere Sicherheit für Investitionen als eine Aktiengesellschaft. Die Form der AG macht es möglich, das Risiko von Investitionen besser auf eine große Zahl von Einlegern aufzuteilen. All das hat die Reorganisation des Hauses Rothschild hervorgerufen.

Das Herzstück der Gruppe waren bisher drei Familienbanken: die Bank Rothschild Frères, die Compagnie financière (Besitzer Edmond Rothschild) und die Bank Baron Philippe de Rothschild. Die Bank Rothschild Frères war das größte Finanzinstitut der Gruppe. Sie gehörte drei Brüdern — Guy (50 Prozent des Kapitals), Alain und Elie (je 25 Prozent) — und war eine sogenannte Investbank, die sich hauptsächlich mit der Gründung neuer Gesellschaften und der Gewährung von Krediten an sie beschäftigt. Zur Klientel der Bank, die im Westen oft „Klub der Auserwählten“ genannt wird, gehörten Großbankiers, Repräsentanten des Hochadels, Politiker, gekrönte Häupter, sogar einige Staaten.

Jetzt entsagt die Bank Rothschild Frères dem Familienprinzip. Sie wird in die Aktiengesellschaft Bank Rothschild umgewandelt, und zwar in eine Depositenbank, deren Hauptfunktion die Aufnahme von Einlagen des „großen Publikums“ und in diesem Zusammenhang die weitgehende Ausreichung kurzfristiger Darlehen sein wird. Das Kontrollpaket der neuen Bank erhält die Compagnie du chemin de fer du Nord, die eine ganze Reihe von Gesellschaften der Rothschild-Gruppe inkorporiert und deren Hauptzentrum sein wird. Durch ein weitverzweigtes Beteiligungssystem wird sie ihre direkte und indirekte Kontrolle auf die Hunderte der Finanz-, Industrie- und Verkehrsfirmer der Gruppe ausdehnen. Die Führung des Vorstands der Compagnie du chemin

de fer du Nord wird aber wieder in den Händen von Guy, Alain und Elie Rothschild liegen.

So entsteht ein strikt zentralisiertes Verwaltungssystem des Rothschild-Imperiums mit einer gewissen Autonomie der größten Gesellschaften. Die Zentralisierung der Verwaltung ist nach Ansicht der Rothschilds ein wichtiges Mittel für eine weitere, noch intensivere Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals der Gruppe.

Neben der Struktur ändern sich auch die Stoßrichtungen und Tätigkeitsmethoden der Rothschilds. Erstens werden die Rothschilds sich jetzt besonders in den neuen Wirtschaftszweigen, in der Atom-, der Chemie- und der Erdölindustrie sowie in der Radioelektronik, betätigen. Das geschieht, weil die Rothschilds nicht hinter ihren Rivalen zurückbleiben, sondern nach Möglichkeit die Schlüsselpositionen in den aussichtsreichsten und profitabelsten Anlage-sphären an sich bringen wollen. Heute kontrollieren die Rothschilds 15 Prozent der erdölverarbeitenden Industrie Frankreichs, etwa den gleichen Teil der Produktion von radioelektronischen Geräten und fast 80 Prozent der Uranerzgewinnung in Frankreich und Gabun.

Zweitens werden infolge der immer intensiveren weltweiten Kapitalverflechtungen sowie der Integration in Westeuropa die Verbindungen und die Zusammenarbeit der Rothschilds mit den größten Bank- und Industriegesellschaften Englands, der USA, Belgiens, der Bundesrepublik, Italiens, Hollands und Japans verstärkt. Sehr interessiert zeigen sich die Rothschilds an der Gründung von Finanzinstituten verschiedener Art im Rahmen des Gemeinsamen Marktes. Die Rothschildischen Banken unterhalten enge Beziehungen zu den israelischen Monopolen. So sorgt die Compagnie financière (Edmond Rothschild) für die Unterbringung israelischer Anleihen in Westeuropa. Außerdem sind die Rothschilds stark in der elektrotechnischen Industrie, der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftszweigen Israels engagiert.

Das Haus Rothschild übt seinen politischen Einfluß stets nach den Geboten des Eigennutzes aus. Das letzte, was es in dieser Hinsicht unternahm, war die maßgebliche Beteiligung an der Finanzierung Israels und der Unterstützung seiner aggressiven Abenteuer gegen die arabische Welt.

Heute befinden sich bereits über 60 Prozent der von der Rothschild-Gruppe

kontrollierten Aktiva nicht in Frankreich, sondern in anderen Ländern, wobei ihre intensivsten Expansionsgelüste der Wirtschaft der Entwicklungsländer gelten, besonders der afrikanischen. So tritt das neokolonialistische Gepräge dieses Monopols immer deutlicher hervor.

Das „klassische“ Wuchererhaus Rothschild wird durch ein „supermodernes“ Finanzimperium ersetzt, das Dutzende Millionen arbeitende Menschen ausbeutet. Die Form ändert sich, der Inhalt bleibt.

Ein gefährlicher Schritt

Wie die britische Presse mitteilt, haben mehrere größte Gesellschaften des englischen Flugzeugbaus beschlossen, ihre Betriebe an amerikanische Monopole zu verkaufen. Diese Pläne, denen die Regierung zustimmt, rufen im Lande Befremden und Besorgnis hervor. Der *Daily Express* brachte am 15. August einen Artikel des labouristischen Parlamentsabgeordneten Maurice Edelman, nach dessen Ansicht die vorgesehene Abmachung ein schwerer Schlag für die britische Wirtschaft sein wird. Die Amerikaner werden nämlich den Flugzeugbau hauptsächlich ins eigene Land verlegen, die englischen Betriebe aber schließen oder zu Hilfsunternehmen degradieren. Die unvermeidliche Folge wird die neuerliche Abwanderung von Hunderten hochqualifizierter Fachleute sein, von denen es ohnehin zu wenig gibt, sowie eine Zunahme der Arbeitslosenziffer, die bereits jetzt fast 500 000 beträgt.

Der englische Flugzeugbau hat schon längere Zeit mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Flugzeugtechnik wird immer komplizierter und muß immer neue Erzeugnisse herstellen, weswegen die Projektierungs- und Produktionskosten stark gestiegen sind. Ein einsatzfähiges Großverkehrsflugzeug kostet heute 1,5—3 Millionen Pfund Sterling, d. h. zwei- bis dreimal soviel wie in den fünfziger Jahren. Es bedarf eines gewaltigen Kapitals, zu dessen Beschaffung mitunter nicht einmal große Gesellschaften imstande sind.

Darum kann die britische Flugzeugindustrie nicht ohne staatliche Unterstützung bestehen. Heute finanziert die britische Regierung den allergrößten Teil der Forschung; sie subsidiiert die Produktion und ist der Hauptabnehmer dieses Industriezweigs, der zu 70 Prozent Rüstungserzeugnisse herstellt. In den Jahren, in denen die Konservativen an der Macht waren (1951—1964), investierte die Regierung 4 Milliarden Pfund Sterling in der Flugzeugindustrie.

Der größte Teil der Gewinne fließt aber den Monopolen zu, und was sie davon ans Staatsbudget überweisen, ist im Verhältnis zu den gewährten Krediten eine Kleinigkeit. Infolgedessen sind die staatlichen Bewilligungen für die Flugzeugindustrie eine zu große Belastung für die britische Wirtschaft geworden, die ohnehin schwer an den gewaltigen Rüstungsausgaben zu schleppen hat.

Radikale Abhilfe würde die Verstaatlichung des Flugzeugbaus, seine teilweise Umstellung auf die zivilen Erfordernisse und eine allgemeine Senkung der Rüstungsausgaben schaffen. Die fortschrittlichen Kräfte des Landes schlagen das auch vor. Die Regierung jedoch, die von Washington gegängelt wird und es nicht wagt, das „heilige Prinzip“ des Privateigentums öfter anzutasten, als es unbedingt nötig ist, zieht es vor, daß wichtigste Produktionsstätten des Landes dem amerikanischen Kapital ausgeliefert werden.

INTERNATIONALE UMSCHAU

USA

Festgefahren

In Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, kam eine fünftägige Konferenz der Direktoren der Afrikaabteilungen des amerikanischen Friedenskorp am 18. August zum Abschluß. Sie sollte ein Programm dafür aufstellen, die Tätigkeit des Korps „wirksamer zu gestalten“. Das war offenbar keine leichte Aufgabe, und nach dem Resultat der Konferenz zu urteilen, ist es nicht gelungen, sie zu erfüllen. Ihre Empfehlungen laufen darauf hinaus, daß in Westafrika ein Ausbildungsinstitut für die Freiwilligen vom Friedenskorp eingerichtet und der englische Sprachunterricht verbessert werden soll.

Wären das die einzigen Schwierigkeiten des Korps gewesen, so hätte es wohl kaum gelohnt, die hohen Beamten von ihren Geschäften abzulenken und in Abidjan zusammenzuholen. Die Sache ist die, daß der Wagen des Friedenskorp auf dem afrikanischen Kontinent festgefahren ist. Noch am 5. Juni schrieb die in Kenia erscheinende Zeitschrift **Pan Africa** in einem Artikel mit der Überschrift „Das Friedenskorp unter Beschuß“, daß dieses ebenso wie viele andere amerikanische Organisationen von der CIA inspiriert wird und daß ihre Tätigkeit den Interessen der afrikanischen Völker zuwiderläuft. Weiter heißt es in dem Artikel, daß die Mitglieder des Korps in allen Weltteilen besonderes Interesse für Dinge an den Tag legen, die den Kampf gegen fortschrittliche Ideen und gegen die nationale Freiheitsbewegung sowie eine Verstärkung des amerikanischen Einflusses betreffen, und daß sie sich in diesen Dingen sehr versiert zeigen. Dafür seien sie erstaunlich unkompetent

für Fragen, mit denen sie sich, wie man meinen sollte, in den Ländern Afrikas unmittelbar befassen müßten.

Viele afrikanische Publikationen, darunter der in Daressalam erscheinende **Tanzania Standard** (16. Februar 1967), weisen auf die äußerst unzulängliche Bildung der Korpsmitglieder hin. Von der „sittlichen Reife“ dieser jungen Amerikaner zeugen Vorkommnisse wie der skandalöse Mord, den das Korpsmitglied Kinsey voriges Jahr in Tansania an seiner Frau verübt hat, oder das anstößige Benehmen von Korpsdamen in Somalia. Kein Wunder, daß in den afrikanischen Ländern, wo man die Tätigkeit des Friedenskorp schon aus eigener Erfahrung kennt, z. B. in Tunesien, Marokko und Uganda, die Forderung laut wird, diese Geschäftsreisenden in amerikanischer Lebensweise hinauszusetzen.

Eine Verbesserung des englischen Sprachunterrichts wird dem Korps bestimmt nicht aus der Patsche helfen.

SCHWEDEN

Ratgeber

Die Gesellschaft für Förderung der Wehrfähigkeit hat in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitschrift, der **Folkförsvar** (Volkswehr), den USA den Rat gegeben, in Vietnam Atomwaffen zum Einsatz zu bringen. Die Öffentlichkeit Schwedens ist empört.

Was sind das für Ratgeber der amerikanischen Interventen, die eine Atomkatastrophe riskieren möchten?

Die Gesellschaft wurde 1939 von den Rechtskreisen Schwedens gegründet, die mit den Nazis sympathisierten. Während des Krieges warben ihre Mitglieder in Schweden Freiwillige für die SS-Truppen, und nach der Niederlage

Hitlerdeutschlands halfen sie den „arbeitslos“ gewordenen Nazi-Kriegsverbrechern und druckten deren Sudeleien in ihren Publikationen ab.

Die schwedischen Behörden gingen dieser Sache nach und stellten fest, daß die Gesellschaft nicht auf eine Stärkung der Wehrfähigkeit hinwirkt und der Öffentlichkeit nicht die Verteidigungsaufgaben erläutert, sondern eher das Gegenteil tut. Im Jahre 1961 bezeichnete es die Regierung als nicht empfehlenswert, daß offizielle Stellen mit der Gesellschaft Kontakt unterhalten.

Nun unterstützen die schwedischen Nazis die schändliche Zielsetzung der Washingtoner Politik.

PANAMA

Eine Yankee-Erpressung

Als das Projekt neuer Abkommen über den Status des Panamakanals veröffentlicht wurde, löste das Proteste der Öffentlichkeit von Panama aus, die die USA nach hartnäckigem Kampf vor drei Jahren gezwungen hatte, den Vertrag von 1903 einer Revision zu unterziehen. Sie betrachtet die neuen Abkommen als einen Betrug und eine Herausforderung.

Die Ungerechtigkeit der darin enthaltenen Bedingungen ist so klar, daß viele konservative Blätter Panamas und sogar einige persönliche Berater Präsident Marco Robles' gegen die Abkommen auftreten. Unter diesen Umständen fürchtet die USA-Presse, daß sich die endgültige Abmachung verzögern kann, auf die sich die Regierungen der USA und Panamas nach dreijährigen Geheimverhandlungen geeinigt haben.

Washington, das die Unterzeichnung der Abkommen forcieren will, versucht es bei der Regierung Panamas mit einer Erpressung. Es droht ihr, die USA würden nicht in Panama, wie es in den

Abkommen heißt, sondern in Nikaragua oder Kolumbien einen neuen, schleusenlosen Kanal bauen. In der USA-Presse ist ein Sachverständigenbericht an Präsident Johnson über die Suche nach einer Baufrasse für die neue Wasserstraße zwischen den Weltmeeren in Nachbarländern Panamas erschienen. Die spanisch erscheinende Zeitschrift **Visión** brachte an auffälliger Stelle eine Karte der Landenge, auf der die eventuellen Baugelände kenntlich gemacht sind. Panama ist nicht darunter.

Erpressung, Drohungen, Druckmittel — das ganze Rüstzeug der neokolonialistischen Politik ist von Washington angeboten worden, damit sich die Regierung von Panama über die Meinung des Volkes und die Interessen des Landes hinwegsetzt.

KUBA

Ist das Eis geborsten?

Gewöhnlich wimmelt es in der USA-Presse von massiven Verleumdungen über Kuba. Einmal hat der bekannte New-Yorker Journalist Herbert Matthews zugegeben, daß die USA-Presse vorsätzlich Meldungen bringt, in denen die Lage auf Kuba in den schwärzesten Farben ausgemalt wird. Deshalb mußte es auffallen, daß eine sehr einflußreiche Zeitung in letzter Zeit eine Ausnahme gemacht hat.

James Reston, diplomatischer Beobachter der **New York Times**, reiste Ende vorigen Monats nach Havanna. Er wohnte den Feierlichkeiten zum 26. Juli bei und schrieb danach über die lateinamerikanische Solidaritätskonferenz.

Es konnte Reston nicht entgehen, daß Kuba seit der Revolution ansehnliche Erfolge erzielt hat. Er schreibt, daß auf Kuba eine wirkliche Revolution vollbracht worden ist, die das wirtschaftliche und politische Leben verändert hat, u. zw. so gründlich, daß eine Umkehr undenkbar ist. Reston berichtet über die großen sozialen Wandlungen auf Kuba, die den Landesbewohnern, besonders der Jugend, ein unverkennbares Gepräge gegeben haben. Über Kubas wirtschaftliche Erfolge schreibt er: „Auf weite Sicht sind die wirtschaftlichen Aussichten gut. Die grundlegende Infrastruktur für eine Steigerung der industriellen wie der landwirtschaftlichen Produktion wird unverkennbar fortentwickelt. Die Erzeugung von Strom und Zement und der Rinderbestand nehmen zu.“

Allerdings flieht der nordamerikanische Journalist in seine objektiven

Beobachtungen und richtigen Urteile äußerst tendenziöse und mißgünstige Behauptungen ein. Er läßt auch unerwähnt, daß Kuba mehr erreichen könnte, wenn es von seinem nächsten und sehr mächtigen Nachbarn nicht blockiert und Störakten ausgesetzt wäre.

Und doch sind Restons Berichte bemerkenswert. Zeugen sie vielleicht davon, daß man Kuba in den USA nüchterner zu sehen beginnt?

SPANIEN

Ihre Sorgen

Die spanische Polizei ist unruhig. Es naht ja der Beginn des neuen Studienjahrs. Die Reuter-Agentur teilt mit, daß in der Studentenbewegung eine entscheidende und wahrscheinlich „turbulente Phase“ eintreten wird. Die Führer der Bewegung haben die Sommerferien dazu benutzt, ihre Reihen durchzuorganisieren und die spanische Jugend zu gewinnen.

Francos Polizei macht sich bereit. Wasserwerfer werden nachgeprüft, und die neue Uniform wird auf ihre „Festigkeit“ hin untersucht — die alte hat das vergangene Frühjahr, als die Studenten mit Pflastersteinen warfen, nicht über-

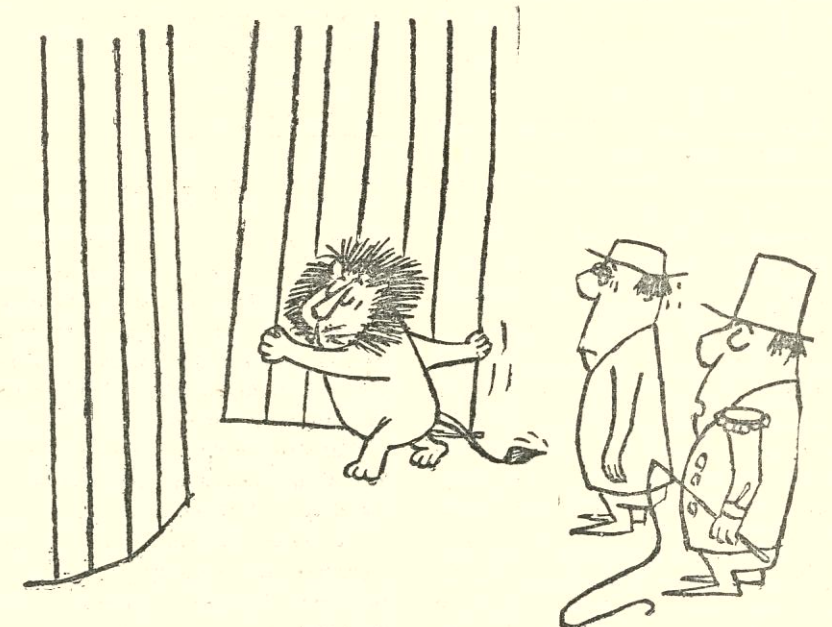
standen. Letzte Anweisungen werden den Lehrkräften gegeben, die ernsthaft darüber besorgt sind, daß in diesem Jahr die Universitäten Madrid und Barcelona geschlossen wurden, von deren Studenten faktisch nur wenige auf freiem Fuß, die meisten aber verhaftet sind.

Die unzufriedenen Studenten haben an diesen Universitäten straff organisierte Verbände gegründet, denen von den 93 000 Studenten Spaniens 46 000 angehören. Die Satzungen der Verbände sehen das Streikrecht, Redefreiheit und das Recht auf Demonstrationen vor.

Besondere Sorgen machen sich die Behörden darüber, daß die Studenten ein festes Bündnis mit der Arbeiterbewegung schließen, die an den Grundfesten des Regimes rüttelt und immer neue Anhänger gewinnt. Reuter schreibt über eventuelle „große Unruhen“ an den Hochschulen zu Beginn des Studienjahrs. Die Studenten haben schon ausreichende Erfahrungen. Im vergangenen Februar wurde in Valencia ein Landestreik ausgerufen, der von fast allen spanischen Studenten unterstützt wurde.

Die Franco-Presse spielt durchsichtig darauf an, daß General Franco fest entschlossen sei, den rebellischen Studenten gegenüber hart zu bleiben. Deshalb hat die spanische Polizei so schwere Sorgen.

In der „freien Welt“



„Wenn die Arbeiter streiken, müssen sie's selber machen.“

Süddeutsche Zeitung

Auf den ersten Blick sah die Flüssigkeit wie Selterswasser mit einem schwachen Schuß Kirschaft aus. Sie zischte sogar etwas, als der Unbekannte den Stöpsel aus der Flasche zog und einige Tropfen in den kaltgewordenen Mokka tat.

Das kam aber später. Zunächst darüber, wie ich den Erfinder des Polyanalylysators kennenlernte.

Das war voriges Jahr, am vierten und letzten Tag unseres Aufenthalts in New York. Wir waren siebzehn. Siebzehn Touristen. Eine Gesellschaftsreise mit allem sich daraus ergebenden Für und Wider. Drei Tage hindurch dauerte unsere Sightseeing-Tour, und als das Besichtigungsprogramm erschöpft war, konnte endlich jeder von uns über die langersehnte „Freizeit“ verfügen. Ich für mein Teil beschloß, einsam durch Manhattan zu schlendern, ganz allein mit Fotoapparat und Notizblock. Die Fotoamateure werden mich verstehen.

Mr. Jakubovski, ein wohlgenährter junger Hüne mit einem verdächtigen „Keep smiling“ im Gesicht, verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß ich mich ohne Begleitung nicht verirren würde. Ich sagte, ich hoffte, seine Hoffnung zu erfüllen. Übrigens fragte Mr. Jakubovski, was für einen Eindruck Amerika auf mich mache. Ich sagte, was ich in den ersten drei Tagen in New York zu sehen bekommen habe, sei höchst interessant gewesen, ich hätte aber vom amerikanischen Geschäftssinn eine bessere Meinung gehabt: für eine Gruppe von 17 Touristen ganze drei Reisebetreuer, darunter auch Mr. Jakubovski — das sei doch zuviel des Guten.

Der sonst redselige Mr. Jakubovski schwieg diesmal wohlweislich, und wir trennten uns im besten Einvernehmen.

Als ich den fünften Film einlegte, empfand ich das dringende Bedürfnis, im Kühlen einzukehren, eine Tasse Kaffee, nun, und auch etwas Konsistenteres zu mir zu nehmen.

In einer der 20er Straßen trat ich in das erstbeste Café und bestellte Ham-and-Eggs und einen Mokka.

Plötzlich tippte mir jemand auf die Schulter und warf mir eine idiotische Frage an den Kopf:

„Waren Sie jemals nahe am Ertrinken, Sir?“

Zunächst meinte ich, ihn falsch verstanden zu haben. Deshalb sagte ich:

„Verzeihung, ich habe nicht recht kapiert. Ich bin Ausländer.“

„Deshalb habe ich Sie ja auch gefragt“, entgegnete der Unbekannte schnell. „Sie sind Russe, schätze ich.“

Der Polyanalysator des Bruce D. Irving

Eine phantastische Geschichte von Lasar Lagin

Vorsichtshalber blieb ich ihm die Antwort schuldig.

„Natürlich haben Sie sich über meine Frage gewundert“, bemerkte der andere, ohne es mir übelzunehmen. Er rückte mit seinem Stuhl heran und musterte mich.

„Na ja“, knurrte ich.

Ich ziehe es vor, mir meinen Bekanntenkreis selbst zu wählen. Zufällige Bekanntschaften mag ich überhaupt nicht, am allerwenigsten in Amerika.

Der Mann stützte die Ellenbogen auf das Papiertischtuch mit den erhabenen himmelblauen Röschen und spann seine Gedanken weiter.

„An Ihrer Stelle würde ich mich auch wundern. Sie würden mich sicherlich besser verstehen, wenn Sie jemals am Ertrinken gewesen wären.“

Es sah nicht so aus, als nähme er mich auf den Arm. Ich neigte zu der Annahme, daß er verrückt war.

Der Mann strich sich über die Glatze, als sei er soeben aus dem Wasser gestiegen.

„Wenn Sie jemals hart am Ertrinken waren, werden Sie sich wohl an den Augenblick erinnern, in dem das Gehirn blitzklar funktioniert, an die ungewöhnliche, ja stereoskopische Klarheit des Denkens, die dem Ertrinkenden die sinnlose Möglichkeit bietet, in seinen letzten gezählten Minuten sein ganzes Leben Revue passieren zu lassen.“

Das waren durchaus vernünftige Worte. Etwas Ähnliches hatte ich tatsächlich in meiner fernen Studentenzeit erlebt. Ich nickte. Lebhafter sprach er weiter:

„Das ist ein einmaliges Gefühl, nicht wahr? Würde der Mensch ständig so klar und intensiv denken können, dann

wäre er genial... Er würde sich aber in wenigen Jahren verbrauchen... In den letzten anderthalb Jahren kam ich notgedrungen mit vielen prominenten Psychiatern zusammen, und alle gaben mir darin recht, daß das menschliche Hirn außerstande ist, längere Zeit eine so übermenschliche Spannung auszuhalten... Wollten Sie etwas einwenden?“

Ich schüttelte den Kopf: ich hatte nichts einzuwenden. Nie war mir dergleichen in den Sinn gekommen, was er sagte, hatte aber Hand und Fuß.

Er schmunzelte:

„Bis zu diesem Punkt gaben mir immer alle recht. Wenn ich aber von einem Präparat träumte, das im Gehirn eine solche Wirkung ohne die Gefahr eines irreversiblen physiologischen Schadens auslösen könnte... Tja... Seltsam, je mehr man sich über meinen Traum mokierte, desto wichtiger und ausführbarer schien er mir.“

Der Unbekannte schwieg nachdenklich und rieb sich energisch die Glatze — wohl ein Tick von ihm —, wobei er mich aus seinen etwas farblosen und todernsten Augen vertrauensvoll anblickte:

„Zum erstenmal kam mir diese Idee, als ich noch Student im vorletzten Semester war. Ehe ich aber die Sache ernsthaft anpacken konnte, mußte fast ein Vierteljahrhundert verfließen. Das war am Tag, nachdem mich die Nachricht vom Tod meines Ältesten, Sam, ereilt hatte. Er war Sergeant der Marineinfanterie. Die USA brauchten seine Hilfe, um in Vietnam Ordnung zu schaffen. Er mußte daran glauben, bei einem Nachtgefecht in einem verdammt Sumpf etwa 50 Meilen vor Saigon. Damals begriff ich: ich durfte nicht länger warten... Sie können sich gar nicht vorstellen, was für eine höllische Arbeit das war: Nein, Einzelheiten will

ich Ihnen ersparen... Kurz, das war eine unerhört schwierige Sache, doch vor neun Tagen kam ich endlich damit zu Rande.“

Er zog aus der Tasche ein Kristallfläschchen, das zu drei Vierteln mit einer moussierenden rosa Flüssigkeit gefüllt war, die muntere Bläschen trieb.

„Da, sehen Sie“, sagte er fast gleichgültig.

Auf dem rosa Kristall war ein Zettelchen mit der Aufschrift:

„POLYANALYSATOR VON BRUCE D. IRVING“.

So erfuhr ich den Namen meines merkwürdigen Gegenübers.

„Ich würde ihm einen rätselhafteren, verlockenderen Namen geben, wenn es mir darum ginge, daraus ein Vermögen zu machen“, setzte Irving fort. „Zwei meiner früheren Erfindungen haben mir jedoch ein Auskommen gebracht, und Sie können mir glauben oder nicht: Als ich an meinem Polyanalysator arbeitete, dachte ich am allerwenigsten an das Geld. Es ging mir vor allem darum, den Namen des Präparats seiner Bestimmung anzupassen. Und vor allem um einen soliden Namen, denn davon hing vielleicht nicht nur das Leben meines Jüngsten, sondern auch das Schicksal der ganzen Menschheit ab. Meine Erfindung ist zu grandios, als daß man sie im Einzelhandel feilbieten könnte, wie Patentmittel gegen Schweißfüße oder Haarausfall.“

Hier sandte er mir einen forschenden Blick, als wollte er sich vergewissern, welchen Eindruck diese Worte auf mich gemacht hatten: das Ergebnis schien zu seiner Zufriedenheit ausgefallen zu sein.

„Es mangelt nicht an Leuten, die unsere Welt für unvollkommen halten“, fuhr er fort. „Einige sehen die Ursache dieser Unvollkommenheit darin, daß die christliche Lehre mißachtet wird, andere in der ungerechten Verteilung der materiellen Güter, andere wieder in den Miniröcken. Dabei krankt die Welt von heute vor allem an der Unzulänglichkeit ihrer Logik. Ich zumindest bin dieser Ansicht, und davon hat mich noch niemand abgebracht. Von Kindheit an hämmerte man uns ein, daß die Logik die Gefährtin des Fortschritts sei. Warum ist aber das Leben in meinem Lande so verdammt unlogisch? Nicht etwa deshalb, weil diejenigen, die über die USA gebieten, nur dann zu einer klaren Einsicht kommen werden, wenn sie und mit ihnen ganz Amerika untergehen werden und für sie jede Rettung zu spät sein wird? In solchen Fällen muß ich

immer an Harding denken. An einen unserer Präsidenten, Warren Harding. Sineinetwegen stank es in ganz Amerika nach Petroleum, Schmiergeldern und Unterschlagungen, und im dritten Jahr seiner Amtszeit brachte er sich um. Wäre er...“

„Verzeihung“, unterbrach ich ihn, „ich möchte nicht interne Angelegenheiten Ihres Landes erörtern.“

„Ich verstehe, ich verstehe“, sagte Irving. „Die Russen haben es in unserem Lande schwer. Kaum wechseln sie ein paar harmlose Worte mit Amerikanern, ist schon das FBI...“

„Ich muß mich strengstens dagegen verwahren, in die Erörterung der Tätigkeit eines staatlichen oder öffentlichen Amtes der USA verwickelt zu werden“, fiel ich ihm erneut ins Wort.

„Ich sehe“, lächelte er. „Ich werde Sie nicht verwickeln. Da sahen wir also ein, meine Frau Jenny und ich, daß die Amerikaner, die so stur und stupide die Menschheit zu einer neuen Schlachtbank treiben, sich kaum darüber im klaren sind, was sie sich selbst damit einbrocken... Wie wäre es, wenn man sie zwänge, nüchtern zu überlegen, was sie tun? Da würden sie entsetzt sein über das Los, das sie sich selbst bereiten.“

„Haben Sie Ihr Elixier schon an Krokodilen ausprobiert?“ grinste ich.

„Ich fürchtete schon, etwas Ähnliches von Ihnen zu hören“, sagte Irving sanft und bestellte beim Kellner, der mir endlich mein Ham-and-Eggs gebracht hatte, zwei Whisky.

„Eine Schale Mokka für mich“, warf ich ein, um dem Kellner zu zeigen, daß ich ein selbständiger Gast war.

Eine Weile beobachtete Irving stumm, wie ich die Eierspeise vertilgte, und er tat es so absorbiert, als habe er zum erstenmal jemanden essen gesehen.

„Versuchen Sie aber mal, jemanden zu überreden, einige Tropfen einer unbekannten Flüssigkeit zu schlucken“, setzte Irving in einem Ton fort, als sei kein Wort über Krokodile gefallen. „Und wenn das Gift ist?... Den Anfang machte ich mit Fleyerson. Das ist der Präsident der Firma, die an meinen früheren Erfindungen tüchtig verdient. Schließlich hatte ich ihn soweit. Er schluckte fünf Tropfen meines Polyanalylysators in einem Glas Coca-Cola, überlegte etwa zwei Minuten, brummte zu Frieden und sagte:

„Ich kauf es Ihnen ab. Wir werden es Zeitungsleuten, Börsianern, Studenten vor den Prüfungen, Versicherungsagenten, Grundstücksspekulanten und Gau-

nern aus philanthropischen Banden andrehn!“

Da fragte ich ihn:

„Und was halten Sie vom Krieg?“

Er sagte:

„Richtig! Daran habe ich gar nicht gedacht. Wir wollen keine kleinen Fische fangen. Die Studenten und die Philanthropen sollen zum Teufel gehen. Unser Elixier werden wir den Vereinigten Stabschefs anbieten, und die werden schon bleichen, verlassen Sie sich darauf.“

„Mr. Fleyerson“, sage ich ihm. „Nicht das meine ich. Ich möchte wissen, was Sie jetzt von dieser unglückseligen Eskalation denken.“

Fleyerson dachte nach, und sein Gesicht wurde ernst.

„Sind Sie nicht etwa Kommunist, Irving?“

„I wo, Mr. Fleyerson! Ich bin vom Kommunismus himmelweit entfernt, habe aber einen militärreifen Sohn...“

Fleyerson blickte mich an wie eine Boa Constrictor ein Kaninchen und sagte mit Nachdruck:

„Übrigens geht mich das gar nicht an. Ich weiß aber, was für eine Antwort Sie von mir erwartet haben... Teufel noch mal, ich weiß genau, was Sie denken, ich kenne jede Regung Ihrer Gedanken! Ihr Elixier ist ein wahres Wundermittel, und das FBI wird es Ihnen mit Handkuß abkaufen... Irving, ich gratuliere. Sie können sicher sein, daß Ihr Polyanalysator an den Mann gebracht wird.“

Ich sagte, ich wollte mir die Sache noch überlegen. Dieser Trott von Fleyerson hatte einfach den unangenehmen Gedanken an einen möglichen Ausgang des Krieges verscheuchen wollen und sich nur auf die Gewinne konzentriert... Ich schlug mich — es läuft mir kalt über den Rücken, wenn ich heute daran denke — zu Duchapeau persönlich durch, dem Allermächtigsten der Todesverschleier, der mit dem Satan verschwägert ist. Wir hatten zusammen an der Universität studiert, d.h. ich hatte studiert, er aber spielte im Baseball-Team der Uni und absolvierte summa cum laude. Duchapeau erklärte sich bereit, meinen Polyanalysator zu probieren. Er nahm die gleiche Dosis: fünf Tropfen. Ich stellte ihm dieselbe Frage wie vorhin Fleyerson und fragte ihn außerdem, was er von den Lehren des Nürnberger Prozesses halte.

Zunächst schlug Duchapeau eine Lache an und klopfte mir sogar auf die Schulter. Dann verzog er sein langes

Gesicht, als habe er zufällig eine Kröte verschluckt:

„Scher' dich zum Teufel, Irving! Wenn ich Tropfen brauche, die einem tüchtig die Laune verderben sollen, dann werde ich nach dir und deinem abscheulichen Gebräu schicken.“

Er klingelte die Sekretärin herbei und ließ sich sofort Brechmittel holen.

Vorgestern flog ich nach Washington in der Hoffnung, im State Department und im Weißen Haus vorgelassen zu werden. Die Kanzleihengste, die nur an ihre Karriere denken, machten sich über mich lustig. Man ließ mich zu keinem Chef vor, der etwas zu sagen hat. Ich wette: Hätte eine Super-H-Bombe eingeschlagen und zunächst ihren nächsten Vorgesetzten getötet, so hätten sie in dem Bruchteil einer Sekunde, den sie noch zu leben hätten, nur daran gedacht, daß gottseidank ein guter Posten frei geworden ist. Sie gaben mir zu verstehen, daß sie das Irrenhaus anrufen würden, falls ich sie noch weiter belästigen sollte. „Gut“, sagte ich. „Ich gehe schon, lasse Ihnen aber ein Fläschchen Polyanalysator da, und bestellen Sie bitte Ihren obersten Chefs, falls ihnen Amerika am Herzen liegt, falls sie nicht mit ihm und mit der Hälfte der Menschheit untergehen wollen, dann mögen sie doch je zehn Tropfen meines Polyanalysators einnehmen, ehe sie eine weitere Eskalation des Krieges erwägen. Ich sagte diesen Kanzleihengsten, daß ich ihnen noch zwei Tage gebe, sollte danach mein Elixier nicht eingenommen worden sein, dann würde ich meine Maßnahmen treffen. Gott weiß, ich wollte, daß alles von oben, ohne Erschütterungen und Blutvergießen, erfolgte. Vor einer Stunde ist die Frist abgelaufen, die ich ihnen in Washington festsetzte. Jetzt will ich meinen Plan ausführen. Morgen ergießen sich die ersten 30 Gallonen meines Polyanalysators in die Riesentanks von Pepper-Cola. Darüber bin ich mit dem dortigen Cheftechnologen schon handelseinig geworden. Übermorgen trinkt ganz New York Pepper-Cola mit Polyanalysator.“

Er scheint doch verrückt zu sein, dachte ich und betrachtete mitfühlend den aufgeregten Irving. Sich so etwas auszudenken!

„Ich habe den Eindruck“, erriet er meinen Gedanken, „daß Sie an mein Präparat nicht sehr glauben.“

Seine Miene wurde plötzlich abweisend. Ohne mich zu fragen, goß er aus seinem Fläschchen einige Tropfen in meinen Mokka.

Die Sache wurde für mich brenzlich. Ich rief den Kellner, um zu zahlen, doch Irving kam mir zuvor.

„Wollen Sie mir einen Gefallen tun, Mann? Trinken Sie auf mein Wohl. Und auf das Gelingen meiner Erfindung.“

„Mit Vergnügen, Sir. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!“ Mit geübter Geste kippte der Kellner den Whisky, hüstelte und wollte mit einem „Danke, Sir“ in Richtung Theke verschwinden, Irving hielt ihn jedoch zurück:

„Wie geht's, Alter?“

„Vortrefflich, Sir ... das heißt, um die Wahrheit zu sagen, nicht sehr... Sogar ziemlich schlecht...“ Der Kellner schlug einen vertraulichen Flüsterton an: „Der Wirt möchte mich am liebsten hinaussetzen. Er sucht nur nach einem Vorwand. Ich bin ihm zu alt, wissen Sie...“

Irving starrte auf die rosagetönten Wangen des Alten:

„Sagen Sie mal, lieber Freund, ist Ihnen jetzt nicht urplötzlich etwas eingefallen? Sie sehen so aus, als sei Ihnen soeben eine Idee gekommen.“

„Besser wäre wohl b7-b6 gewesen“, sagte der Kellner. „Das hätte zwar c6 geschwächt, dafür aber den Verlust wettgemacht.“

„Spielen Sie Schach?“

„Spitzenspieler des Universitätsteams. Das ist aber schon lange her. Gestern habe ich zu Hause eine Partie gegen meinen Sohn verloren. Soeben ist mir eingefallen, warum.“

„Sehr gut“, sagte Irving und zwinkerte mir zu. „Wollen Sie mir einen Gefallen tun?“

„Wenn es in meinen Kräften steht, Sir... Ich bitte um Verzeihung, mir ist aber sonderbar zumute... Einen so klaren Kopf habe ich noch nie gehabt!“

„Ich glaube, das haben Sie in gewisser Hinsicht mir zu verdanken“, sagte der Erfinder selbstgefällig.

Er zog das Fläschchen mit dem Polyanalysator hervor und reichte es dem verdutzten Kellner.

„Ich habe mir nämlich erlaubt, Ihnen in den Whisky drei Tropfen davon einzuflößen. Das steigert das Analysevermögen unermesslich. Freilich nur dann, wenn man so etwas überhaupt besitzt... Vertrauen Sie mir?“

„Ob ich einem unserer geehrtesten Stammgäste vertraue?“ rief der Kellner pathetisch aus.

„Und sind Sie einem Zehndollarschein gewogen?“

„Stehe zu Diensten, Sir!“

„Dann nehmen Sie dieses Fläschchen und tun Sie heimlich fünf Tropfen in jedes Glas Bier, das die Jungens drüben bestellt haben.“

An einem Tisch saßen vier GIs und tranken Bier. Drei Gemeine und ein Korporal.

„Ein Massentest, Sir?“ zwinkerte der Kellner verständnisvoll.

„Ja, wenn Sie wollen. Und völlig harmlos.“

„Ich fürchte, der Wirt wird dagegen sein“, flüsterte der Kellner verschwörerisch. „Wenn er dahinterkommt, bin ich auf der Stelle gefeuert.“

„Schon gut“, sagte Irving. „Noch fünf Dollar fürs Risiko.“

„Geht in Ordnung, Sir“, er verbeugte sich und fügte nach einer kurzen Pause hastig hinzu: „Zumal es in einigen Minuten gar nicht so leicht sein wird, mich aufs Pflaster zu setzen.“

„Werden Sie so sehr an Gewicht zunehmen?“ lächelte Irving.

„Jawohl, natürlich nicht im Wortsinn, das werde ich aber, und zwar erheblich.“ Er flüsterte weiter: „Man bietet mir nämlich schon lange einen Job an, bei dem ich meine Arbeit hier gar nicht aufzugeben brauche, ja, ohne in diesem verdammten Lokal zu arbeiten, kann ich den Job gar nicht kriegen. Das ist alles, was ich Ihnen sagen kann, Sir, kein weiteres Wort mehr. Das ist aber, Teufel noch mal, ein sicherer Job, und erst jetzt erkenne ich, daß ich ihn schon längst hätte annehmen sollen. Ihre Tropfen haben mir zu einer klaren Einsicht verholfen. Ich will gleich anrufen und einwilligen.“

Er ging, um sich die 15 Dollar von Mr. Irving zu verdienen und zugleich sein telefonisches Einverständnis zu geben.

Nach einer Weile erschien er wieder; er trug ein Tablett mit vier Glas Bier. Im Vorbeigehen schob er die drei grünen Fünfdollarscheine aufs Tablett, gab Irving aus den Augenwinkeln zu verstehen, daß er seinen Auftrag erfüllt hatte, und stellte das Bier vor die Versuchssoldaten hin.

Das war so spannend, daß ich, ohne es zu merken, unversehens die ganze Schale des kaltgewordenen Mokkas in einem Zug leerte, bevor ich zahlte. Als mir in den Sinn kam, was ich getan hatte, war es zu spät. Der Polyanalysator wirkte augenblicklich. Ich verspürte einen seltsamen, nicht unangenehmen

Geschmack von Erdbeeren und Mandeln, und von den Finger- und Zehenspitzen prickelte es in mir hoch. Zehn Sekunden später stellte sich das glückselige Gefühl des präzise funktionierenden Denkapparats ein. Im Handumdrehen löste ich einige Fragen, über die ich mir wochenlang den Kopf zerbrochen hatte, und dann durchzuckte es mich: ich mußte mich augenblicklich trolchen, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, denn erst jetzt begriff ich, was für einen Job der Kellner gemeint hatte, als er zum Fernsprecher ging, um sein Einverständnis zu geben.

Eile tat not. Ich brummte etwas um Entschuldigung Heischendes und ging dem Kellner entgegen, um die Rechnung zu begleichen.

Biographisches ● Biographisches ● Biographisches

Chau Sen Cocsal

Auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR traf eine Parlamentsdelegation Kambodschas am 17. August zu



einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein, geführt von Chau Sen Cocsal, dem Vorsitzenden der Nationalversammlung.

Chau Sen Cocsal ist am 1. September 1905 in Triton (Chaudoc), Provinz Kampuchea Krom, geboren. Er hat in Phnom Penh die Schule und dann in Saigon ein

College besucht, 1926 promovierte er zum Bakkalaureus der Philosophie.

Als ich den Tisch der GIs passierte, hörte ich ein angeregtes Gespräch, das den Gentlemen aus dem Pentagon wohl kaum Freude bereitet hätte.

Der Kellner kam wieder aus der Fernsprechzelle. Schon das zweite Mal in wenigen Minuten! Bei meinem Anblick stutze er.

„Ich muß gehen“, sagte ich. „Bitte die Rechnung.“

„Ich dachte, Sie würden noch ein wenig bleiben“, stammelte er schmeichlerisch. „Ich wollte mit Ihnen so gern über Rußland plaudern... Sie sind doch Russe?“

Ich mimte Verwunderung und verließ das Lokal, voll Bedauern, dies nicht schon früher getan zu haben.

Bevor Kambodscha unabhängig wurde, war er in einigen Provinzen Gouverneur. Später trat er in den diplomatischen Dienst und war eine Zeitlang Bevollmächtigter Gesandter in Thailand. 1962 war er Ministerpräsident von Kambodscha.

Chau Sen Cocsal gehört zu den Gründern der Khmerischen Bank, er war Generaldirektor dieser ersten Kreditanstalt von Kambodscha. Er ist bei der Gesellschaft Electricité du Cambodge Präsident der Generaldirektion. Auch ist er in einigen anderen Gesellschaften (Versicherungs-, Elektrizitäts- und Kautschukgesellschaften) tätig. Wiederholt wurde er in die Nationalversammlung gewählt und war ihr Vorsitzender.

Faysal Al Saleh Al Mutawa

Der neue Botschafter von Kuweit in der Sowjetunion, Faysal Al Saleh Al Mutawa, hat am 16. August in Moskau sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Zum Glück hatte ich schon die andere Straßenseite gewonnen, als ein Wagen scharf um die Ecke bog und vor dem Café hielt. Zwei junge Hünen sprangen heraus. Sie sollten Bruce Irving abholen. Der Kellner hatte seinen zweiten Job mit einer effektiven und höchst operativen Denunziation angetreten...

Das war vor etwas mehr als einem Jahr. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Irving seine Erfindung auf den Markt gebracht hat. Wo mag er sein? Auf freiem Fuß? Im Gefängnis oder vielleicht im Irrenhaus? Wird sein Polyanalysator in Ämtern der USA benutzt? Schwer zu sagen. Jedenfalls sieht es so aus, daß er weder im State Department noch im Pentagon, noch im Kongreß Verwendung findet.



Er ist 1928 als Sohn eines Kleinkaufmanns geboren. Nach der Mittelschule in Kuweit absolvierte er 1954 an der Universität Kairo die kunsthistorische Fakultät. Später wurde er zum Leiter einer Abteilung im Unterrichtsdepartement von Kuweit ernannt. Er war 11 Jahre in diesem Amt tätig, u. zw. als Abteilungsleiter, Inspekteur, Assistent des Departementsdirektors, Assistent des stellvertretenden Unterrichtsministers bzw. als stellvertretender Unterrichtsminister.

Ab 1965 war er Botschafter von Kuweit in der Demokratischen Volksrepublik Algerien.

Juri RUBINSKI

Auf Kap Verde

Reiseeindrücke

Die linke Hälfte des Wappenschildes zeigt auf rotem Feld einen goldenen Löwen, die rechte auf goldenem einen Affenbrodbaum, darunter einen gewellten grünen Streifen, ringsum silberne Palmzweige und oben einen grünen fünfzackigen Stern. So sieht das Staatswappen der Republik Senegal aus.

Von allen diesen heraldischen Zeichen trifft man, wenn man zum ersten Male in dieses im äußersten Westen des afrikanischen Kontinents gelegene Land kommt, vor allem den Affenbrodbaum. Längs der Chaussee, die sich am Meeresufer vom Flughafen nach Dakar hinzieht, stehen diese Bäume mit ihren riesigen Stämmen, die von einer runzligen grauen Rinde bedeckt sind. Verstreut wachsen sie auch in der Savanne, inmitten des von der glühenden Sonne gedörrten Grases und niedriger Sträucher. In der heißen Trockenzeit haben die knotigen, gewundenen Äste das Laub abgeworfen, und so sind die Bäume noch majestätischer, Sinnbilder der Unerschütterlichkeit und Größe. Der Eindruck wird nur etwas durch die flinken Affen und die Vögel gestört, die von Ast zu Ast hüpfen.

Als vor 500 Jahren portugiesische Karawellen mit Kreuzen auf den Segeln hier zum erstenmal vor Anker gingen, nannten die Matrosen das Land Kap Verde. Sicher labten sich ihre Augen, von der monotonen Meeresweite und den glühenden Sandstrecken der mauretanischen Sahara müde, an den üppigen Kronen der Mangobäume und den buschigen Kokospalmen, die dicht am brandenden Meer aufragten. Dank der kühlen Strömung von den Kanarischen Inseln her und den feuchten, nach Jod riechenden Ozeanwinden zeigt das Thermometer hier selbst in der heißesten Jahreszeit (von Mai bis Juli) gewöhnlich höchstens 27°C im Schatten an. Ein wunderbar mildes Klima für diese südlichen Breiten!

Kap Verde war der erste Ausgangspunkt der Europäer bei ihrem Vordringen ins tropische Afrika. Sie brachten Kummer und Tränen mit. Einige Kilo-

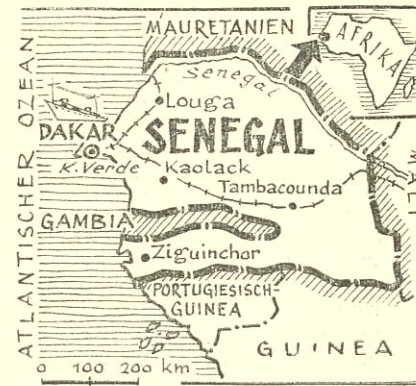
meter von Kap Verde entfernt sieht man die kleine Insel, Gorée, die ständig von einem leichten, blauen Nebel umwallt ist. Einst legten dort täglich Schiffe mit lebender Ware an, mit Sklaven, die für einen Pappenstiel bei den afrikanischen Kleinfürsten eingehandelt worden waren. Die Sklaven wurden auf dem Seeweg nach der Neuen Welt, auf die Plantagen, gebracht. Dort harreten ihrer Ketten, Hunger, Durst, die Peitsche des Aufsehers, erschöpfende Arbeit und ein qualvoller Tod Tausende Kilometer weit von der Heimat.

Heute legen bei der unheimlichen Insel nur bunte Motorboote voller Touristen an und Fischerboote mit Dreiecksegeln, deren Insassen auf hoher See Thunfische fangen.

Aber da ist auch schon Dakar. Ebenso wie in den anderen großen Hafenstädten der afrikanischen West- und Nordküste ist die Architektur auch hier ein Gemisch aus Ultramoderne und Altertümlichkeit. Helle, leichte Wolkenkratzer, von Glas und Metall blitzend, erheben sich stolz auf dem großen Unabhängigkeitsplatz unweit des Kais. Abends flammen an den Fassaden im Neonlicht die Namen von Banken, Luftfahrtgesellschaften und Handelshäusern auf.

Die Nationalversammlung, die Amtssitze des Präsidenten und der Regierung, das Oberste Gericht, Radio Dakar, die Universität, Hotel N'Gor und einige in den letzten Jahren entstandene Wohnbauten sind von einer unglaublich kühnen Architektur, leicht und elegant. Die Avenue William Ponty kann sich mit der Pracht ihrer Schaufenster mit manchen Zentrumsstraßen, westeuropäischer Städte messen. In nächster Nähe stehen in stillen, grünen Gassen schnee-weiße Villen, und über die Steinmauern hängen die rosa Ranken der Bougainvilleen.

Je weiter man sich aber von der Spitze des Kap Verde entfernt, desto seltener werden die neuen Häuser. Stattdessen sieht man Lehmhütten mit Flachdächern. Auf den Schwellen sitzen



Grüppchen würdiger Greise, und im Straßenstaub spielen Kinder. Schlanke Frauen in der bunten Nationaltracht, die ein wenig an die römische Toga erinnert, tragen leicht, mit angeborener Grazie, Gemüsekörbe, Wasereimer, Schüsseln mit Fischen oder Bündel ausgehöhlter Kürbisse auf dem Kopf, die hier als Gefäße benutzt werden. Fast jede hat auf dem Rücken ein Kind festgebunden, es dreht sein Krausköpfchen nach allen Seiten und guckt mit großen schwarzen Augen in die Welt. An den Straßenecken lebhaft afrikanische Basare, bunt von Früchten und Stoffen. Mit olympischer Ruhe überqueren Hammelherden den Fahrdamm, sie machen sich nichts aus den ungeduldig hupenden Wagen. Diese Gegend ist die Medina, die Altstadt, in der die armen Leute wohnen.

Das Wort Dakhar gehört zur Sprache der Ouolof, einer der größten Völkerschaften von Senegal, und bedeutet Tamarinde. Unter dichten Tamarindenzweigen stand einst ein kleines Fischerdorf, an dessen Stelle im letzten Jahrhundert die Großstadt mit ihrer halben Million Einwohner emporgewachsen ist, der wirtschaftliche und politische Brennpunkt von Senegal, der die Wirtschaft der Nachbarländer nicht unwesentlich beeinflusst. Die Zahl der Einwohner von Dakar steigt jedes Jahr um 12 Prozent und wird 1971 oder 1972 wahrscheinlich eine Million erreichen.

Die außerordentlich günstige Lage hat Dakar zu einem sehr wichtigen Umschlagsplatz auf den großen Seewegen zwischen Europa und Lateinamerika und zwischen Süd- und Westafrika gemacht. Ist also Dakar das Herz Senegals, so ist das Herz der Stadt ihr Hafen mit den 8 Kilometer langen Betonpiers, den riesigen Docks, dem Wald von Hebekränen, den vielen Speichern, Ölbehältern,

Reparaturwerkstätten und Kühlanlagen. Von einem Berg, der über dem Hafen aufragt, schickt ein Leuchtturm starke Lichtstrahlen auf den Atlantik hinaus, sie sind von einer beliebigen Stelle der Küste aus zu sehen. Tag und Nacht wird im Hafen mit Volldampf gearbeitet. Dort werden jedes Jahr vier bis fünf Millionen Tonnen ganz verschiedener Frachten umgeschlagen.

Dakar ist mit Recht stolz darauf, eine der größten Pflanzstätten der afrikanischen Kultur zu sein. Da gibt es eine große, guteingerichtete Universität, die 1957 eröffnet wurde, ferner ein Lyzeum, technische Colleges, das Fundamentalinstitut Schwarzafrikas und das Institut der UNO für Planung und wirtschaftliche Entwicklung. Neben der Nationalversammlung, auf dem Tascher-Platz, in dessen Mitte ein Bronzedenkmal der senegalesischen Schützen steht, die unter französischen Fahnen in den beiden Weltkriegen gefallen sind, befindet sich eins der reichhaltigsten ethnographischen Museen Afrikas. In den Glaskästen sieht man rituelle Masken und Statuen, angefertigt von wunderbar talentierten, eingebungsvollen namenlosen afrikanischen Künstlern.

Dabei sind nach offiziellen Angaben 90 Prozent der erwachsenen Bewohner Senegals Analphabeten. Selbst in der Hauptstadt können 75 Prozent der Männer und 97 Prozent der Frauen weder lesen noch schreiben.

Verläßt man die Stadt, so glaubt man, die Wolkenkratzer von Dakar seien nur eine Fata Morgana, die einem die glühende Sonne Afrikas vorgegaukelt hat. Soweit das Auge reicht, dehnt sich zu beiden Seiten der Straße eine öde Steppe, die sahelische Savanne, nur hie und da belebt von kleinen Baumbeständen. Bei diesen Dörfern, die sich völlig ähnlich sehen: ein Flechtzaun, dahinter ein paar spitze Hütten aus Schilf und kleine, schmale Speicher, ähnlich geformt, nur daß sie auf Pfählen stehen, damit sich die gefräßigen Termiten nicht über das Getreide hermachen.

In den Dörfern gehören Grund und Boden und Herden der Gemeinde, die jeder Familie eine Parzelle anweist. In der Familie wiederum weist der Vater, der Patriarch, den verheirateten Kindern Hofland an. In den letzten Jahren hat der Staat Kurs darauf genommen, die Parzellen immer denselben Personen zuzuteilen, die sie bestellen.

Mitten im Dorf steht auf krummen Pfählen ein Schutzdach aus Stroh, unter dem sich die Bewohner an den Abenden versammeln, um die Angele-

genheiten der Gemeinde zu besprechen. Daneben erhebt sich oft das kegelförmige Dach einer aus Lehm gebauten Moschee, die auf Stangen gezogene Straußeneier zieren.

So leben 80 Prozent der senegalesischen Bauern. Sie säubern mit Äxten oder breiten Messern den trockenen Sandboden, lockern ihn dann mit ihren Dabas — dicken Hacken mit kurzer, flacher Schneide —, jäten das Unkraut mit den Ilers — einer Art Sense oder Sichel an langem Griff, mit dem auch die reifen Früchte unter der Erde hervorgeholt werden. Die meisten Senegalesen nähren sich von scharfgewürztem Hirse- oder Reisbrei mit Gemüse, Fisch und manchmal Fleisch oder von süßem Milchbrei. Im Schatten des Flechtzauns jeder Hütte steht ein großer Holzmörser, in dem die Frauen mit sehr langen, schweren Stößeln die Körner stoßen.

Zur Kolonialzeit waren diese Mörser nie mit senegalesischem Korn voll. Ein großer Teil mußte eingeführt werden. Die Ausländer waren bemüht, das Land zu einer einzigen Erdnußplantage zu machen. Heute nehmen die Erdnüsse die Hälfte aller bestellten Flächen ein, sie erbringen dem Land 20 Prozent seines Bruttoprodukts und machen wertmäßig 85 Prozent seines Exports aus. Für den Devisenerlös werden sowohl die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlichen Landmaschinen als auch Nahrungsmittel gekauft, weil in Senegal noch immer nicht genug eigene vorhanden sind.

Die einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft hat sehr schwere Folgen. Ein senegalesischer Wirtschaftsfachmann umriß im Gespräch mit mir das Problem folgendermaßen:

„Das ganze Leben im Land und seine Zukunft hängen von den Weltmarktpreisen für Erdnüsse und von den Möglichkeiten zu ihrem Absatz ab. Die Preise sinken aber allmählich. Von 1957 bis 1965 hat sich die Menge, die wir ausführen, verdoppelt, der Erlös aber hat nur um ein Viertel zugenommen. Bis vor kurzem kaufte unser ehemaliges Mutterland, Frankreich, die meisten unserer Erdnüsse auf und zahlte nach einer bestimmten Quote. Die Preise waren viel höher als auf dem Weltmarkt. Seitdem aber in Westeuropa die EWG gebildet worden ist, hören die Vorzugsbedingungen im Handel mit dritten Ländern allmählich zu gelten auf.“

Da beschlossen wir, mehr Erdnüsse anzubauen und zu verkaufen. Im Jahre 1963 hat sich unser Staat durch ein Ab-

kommen mit der EWG assoziiert. Wir hatten gehofft, daß die EWG-Stellen einwilligen werden, die erhöhten Erdnußpreise teilweise beizubehalten und zugleich mehr Erdnüsse anzukaufen. Unsere Partner haben aber nicht mit sich reden lassen. Sie haben uns nur zeitweilig einige Vergünstigungen gewährt, und auch die nur a conto der früher vereinbarten Wirtschaftshilfe, und sie haben verlangt, daß wir unsere Erdnüsse schon in allernächster Zeit zu den niedrigen Weltmarktpreisen verkaufen. Das bedeutet, daß unser Erlös aus dem Erdnußexport um 20—25 Prozent sinken wird. Wir werden also weniger Devisen hereinbekommen und dementsprechend auch unseren Ankauf an Nahrungsmitteln und Maschinen einschränken müssen.“

Hinzu kam eine furchtbare Dürre. Im Jahre 1966 war der Erdnußertrag um 25—30 Prozent geringer als im Vorjahr. Das war schon die zweite schwere Mißernte der letzten Jahre. Die Bevölkerung wächst aber schnell, jedes Jahr kommen rund 100 000 Kinder zur Welt, die ernährt, gekleidet und später beschäftigt werden müssen.

Unter diesen Umständen haben die senegalesischen Staatsmänner die Lösung einer „Diversifikation der Kulturen“ ausgegeben. Sie gehen immer entschlossener dazu über, außer Erdnüssen auch Reis, Niébé-Bohnen, Mais, Hirse sowie Gemüse, Zuckerrohr und Baumwolle anbauen zu lassen. Auf diese Weise soll Senegal dahin gelangen, daß es sich selbst mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versorgen kann, nicht mehr so abhängig vom Import ist und Geld für die Einfuhr von Maschinen spart.

Jetzt sind dem Gouverneur jeder senegalesischen Provinz sogenannte Zentren zur Entwicklung der Landwirtschaft beigeordnet. Ihre Angestellten haben die Aufgabe, moderne Wirtschaftsmethoden unter den Bauern zu propagieren und mit Hilfe junger Aktivisten, die in den „Zentren zur Belebung des Dorfes“ zusammengefaßt sind, die Genossenschaftsbewegung zu fördern. Manche Genossenschaften, besonders solche auf dem Küstenstreifen, zwischen Dakar und der ehemaligen Hauptstadt von Senegal, St.-Louis, sind recht leistungsfähig. Sie bestehen aus Ouolof-Ackerbauern, Viehzüchtern von der Völkerschaft der Fulbe und Fischern von der Völkerschaft der Sérère. Zwischen den Genossenschaften bahnt sich eine Zusammenarbeit an. Dadurch war es möglich, Ankauf, Speicherung, Transport und Absatz der Fertigerzeugnisse zusam-

menzufassen und die spekulierenden Zwischenhändler etwas auszuschalten, die die Bauern schonungslos ausplünderten. Eine spezielle staatliche Verwaltung kauft zu festen Preisen den gesamten Erdnußertrag an und exportiert ihn.

Wie aber der Präsident der Republik, Léopold Senghor, in einer Rede sagte, reißen in den Genossenschaften deren

Leiter die ganze geschäftliche und finanzielle Tätigkeit an sich, und diese Leute sind eng mit der patriarchalischen Spitzenschicht der Stämme, mit den feudal-religiösen Häuptlingen oder mit der entstehenden Dorfbourgeoisie verbunden. Einen Stier, einen Pflug oder Düngemittel kann sich ein einfacher Bauer noch immer kaum leisten, und das alles auf Kredit zu kaufen oder

zu pachten, ist riskant: Jedes Schwanken der Witterung oder der Preise kann das Budget des Dorfes gefährden.

Die Regierungspartei — der Senegalesische Fortschrittsbund —, an deren Spitze Präsident Senghor steht, hat verkündet, daß sie einen „afrikanischen Sozialismus“ aufbauen wolle. Dieser Begriff, zu dem eine Anzahl eigenartiger moralischer und philosophischer Kategorien gehören, bedeutet wirtschaftlich die Verbindung einer staatlichen Planwirtschaft mit einem Privatsektor, in dem günstige Voraussetzungen für ausländische Investitionen geschaffen werden. Die „Koexistenz“ der beiden Wirtschaftssektoren ist aber längst nicht immer friedlich. Die Besitzer von Kapital, die ausschließlich an hohen Gewinnen interessiert sind, suchen die Abhängigkeit der Wirtschaft Senegals vom Ausland aufrechtzuerhalten und noch größer zu machen. Ihre Betätigung führt zur Korruption von Beamten, zu Schmuggel und ungesetzlichen Devisengeschäften. Im Handel und in der Sphäre der Dienstleistungen entsteht eine nationale Bourgeoisie, die allerdings vorläufig noch schwach ist und vom Gebrauchsgüterimport abhängt.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen bemüht sich Senegal um Verbindungen nicht nur mit dem Westen. Die Republik, die zur Afro-Madagassischen Organisation gehört, ist als erstes Land dieser Vereinigung in diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion getreten. In den Straßen von Dakar trifft man oft Leute, die russisch sprechen. Das sind Matrosen sowjetischer Fischereiflotten, die den Atlantik befahren.

Mit gleichbleibendem Erfolg treten in der senegalesischen Hauptstadt sowjetische Künstler auf, werden sowjetische Filme gezeigt und Ausstellungen veranstaltet. Auch Wissenschaftler aus der Sowjetunion kommen nach Senegal. Unlängst haben die UdSSR und Senegal ein Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet. Auf meiner Reise durch Senegal habe ich mich wiederholt davon überzeugt, wieviel Interesse und Wärme die Öffentlichkeit dieses fernen Landes dem Sowjetvolk entgegenbringt.

V. Ktitorow

Ein Symposium junger Wissenschaftler

Am 15.—18. August fand in Moskau ein Symposium junger Wissenschaftler aus sozialistischen Ländern statt. Anwesend waren Ökonomen, Philosophen, Juristen und Soziologen aus Bulgarien, der DDR, Jugoslawien, der Mongolei, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn.

Zur Erörterung standen aktuelle Probleme des sozialistischen Aufbaus. In den vier Tagen wurden in den Plenarsitzungen und in den Sitzungen der vier Arbeitsgruppen (Wirtschaft, Philosophie, Rechts- und Jugendfragen) fast 100 Referate gehalten.

Die Wirtschaftswissenschaftler setzten sich mit Problemen auseinander, die mit der Formierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen neuen Typus, mit den Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Ländern und der Vervollkommen des Planungs- und Leitungssystems der Volkswirtschaft zusammenhängen. Zu diesen Themen trugen J. Reiner (DDR) und J. Zaruba (ČSSR) aufschlußreiche Referate bei.

Der Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer, der internationalen Spezialisierung und Kooperation galten die Berichte von J. Paschalijew (Bulgarien), W. Rybalkin (UdSSR) u. a.

In der Arbeitsgruppe Philosophie war „Die Rolle der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft“ das Hauptthema. Vorträge dazu hielten G. Batistichew (UdSSR) sowie die rumänischen Gelehrten C. Barbulescu und D. Gheciu.

Die Arbeitsgruppe für Rechtsfragen erörterte die in der ökonomischen

Sphäre geltenden Rechtsnormen. Die meisten Diskussionsteilnehmer äußerten die Meinung, daß die heutigen Rechtsnormen den Anforderungen der Wirtschaftsreformen entsprechen sollen, die sich auf die Beziehungen im Wirtschafts-, Finanz-, Kredit- und Arbeitsbereich auswirken.

Philosophen, Soziologen und Vertreter von Jugendverbänden sprachen über Jugendfragen. Aufgaben und Rolle der Jugendverbände beim Aufbau des Sozialismus, Erfahrungsaustausch und neue Formen der Jugenderziehung, die Verbindung dieser Arbeit mit der Wissenschaft, der Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß — diese Fragen behandelten W. Sulemow in seinem Vortrag „Die Rolle des Jugendverbands in der sozialistischen Gesellschaft“, Tsch. Shugder („Einige Fragen der kommunistischen Erziehung der mongolischen Jugend“) und B. Wladimirow („Wissenschaftliche Methoden in der praktischen Komsomol-Arbeit“).

Wie der Vorsitzende des Organisationskomitees, G. Sorokin, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, betonte, als er die Arbeit des Symposiums zusammenfaßte, verlief es in der Atmosphäre der ideologischen Einheit, im Zeichen der Ideen der Großen Oktoberrevolution. Das Symposium hat die Kontakte zwischen jungen Wissenschaftlern der sozialistischen Länder gefördert und ein Programm zur gemeinsamen Erforschung der gesellschaftlichen Probleme des Sozialismus vorgezeichnet.

Jewgeni WOROBJOW
Korrespondent der „Neuen Zeit“ in Japan

Ein japanisches Schwarzbuch

Im Sommer 1964 trat in Japan ein Ereignis ein, das die Öffentlichkeit des Landes in Erregung versetzte. Nach dem Zwischenfall von August 1964 im Golf von Tonkin, auf den die Bombardierungen der Demokratischen Republik Vietnam folgten, wurden die amerikanischen Truppen in Japan und die sogenannten japanischen Selbstschutzkräfte ohne Wissen des japanischen Ministerpräsidenten in Kampfbereitschaft versetzt. Das ist ein für einen souveränen Staat höchst seltsamer Fall. Aber selbst die flüchtige Bekanntschaft mit dem „japanisch-amerikanischen Sicherheitssystem“ und dem Status der amerikanischen Truppen in Japan zerstreut alle Zweifel.

Die amerikanischen Militärstützpunkte in Japan werden als ein Staat im Staate bezeichnet. Ihre Garnisonen genießen territoriale Rechte. Die Leitung der Stützpunkte wird unmittelbar von der amerikanischen Truppenführung im Pazifik ausgeübt, die ihr HQ auf den Hawaii aufgeschlagen hat.

In Japan (Okinawa ausgenommen) gibt es 148 amerikanische Stützpunkte und Anlagen (Flugplätze, Marinestützpunkte, Radarstationen, Schießplätze, Nachrichtenstellen). Diese wie auch zahlreiche andere aufschlußreiche Fakten sind in dem im Mai d. J. vom Verlag Roda gepposha herausgegebenen Sammelband enthalten. In diesem „Japanisches Schwarzbuch“ betitelten Band hat das Japanische Friedenskomitee jahrelang von seinen Aktivisten gesammelte Angaben aus ganz Japan zusammengetragen.

Zur Zeit setzen sich die amerikanischen Streitkräfte in Japan vor allem aus Marine- und Luftwaffe zusammen. Ihr Personal macht rund vier Fünftel aller amerikanischen Militärs in Japan aus, deren Zahl im Juli 1966 38 600 betrug.

Der Kern der Seestreitkräfte ist die 7. USA-Flotte, die die Häfen Yokosuka und Sasebo als Stützpunkte benutzt. Außerdem sind in Yokosuka Einheiten der Marineinfanterie und in Fliegerhorsten von Atsugi (Präfektur Kanagawa) und Iwakuni (Präfektur Yamaguchi) Maschinen der Marineluftwaffe stationiert. Die 5. Fliegerarmee der USA ba-

siert sich hauptsächlich in Misawa (Präfektur Aomori) und Yokota (Tokio).

Die USA benutzen ihre Stützpunkte in Japan weitgehend für den Krieg in Vietnam. In dem im April von Senatsunterausschuß für militärische Bereitschaft veröffentlichten Bericht „Die amerikanische Marine und Marineinfanterie in Südostasien“ heißt es:

„Die amerikanische Seeflotte, die am Krieg in Vietnam teilnimmt, hängt in vieler Hinsicht von den Reparaturbasen in Japan und auf Taiwan ab. Diese Anlagen haben ungemein große Möglichkeiten. Man kann sagen, daß ohne Yokosuka und Sasebo unsere Militäroperationen in Südostasien ungemein gefährdet wären.“

Das Schwarzbuch schildert eindringlich das unmittelbare Hinterland der amerikanischen Aggression mit allen Attributen: Munitionsdepots, den zahlreichen Transportmitteln, den Reparaturanlagen, Hospitälern und sogar den Beerdigungskommandos.

„Auf den Militärstützpunkten in Japan lastet Pulverrauch. Sie dampfen von dem Blut des vietnamesischen Volkes“, heißt es im Schwarzbuch.

Die amerikanische Aggression bereichert die japanischen Geschäftsleute ungemein. Japan liefert nach Südvietnam allerlei Güter, von Napalm bis Toilettenpapier und Plastiksäcken für die toten Amerikaner. Berichte darüber erschienen wiederholt in der japanischen wie auch in der Auslandspresse. Bisher konnte man jedoch nicht verfolgen, wie das Pentagon „spezielle Vietnamaufträge“ in Japan unterbringt, welche Firmen z. B. Napalm und sonstiges Kriegsmaterial herstellen usw. Dennoch gelang es dem Japanischen Friedenskomitee hinter das Geheimnis dieser „Spezialaufträge“ zu kommen.

Wie es im Schwarzbuch heißt, waren die japanischen Lieferungen nach Südvietnam deshalb so „undurchsichtig“, weil sie in den jeweiligen Betrieben streng geheimgehalten wurden, und zweitens, weil ein guter Teil von ihnen in kleinen und mittleren Betrieben erzeugt wird, mitunter sogar in kleinen Werkstätten. Häufig stellen diese Kleinbetriebe nur einen bestimmten Konstruktionsteil her, ohne zu ahnen, daß

es sich um ein Element der Waffen handelt, die für Vietnam bestimmt sind. Der Spezialauftrag wird gewöhnlich an eine große Firma vergeben, die ihn dann an kleinere und mittlere Firmen weitergibt.

Zur Erfüllung einiger Aufträge werden sogar defektive Kinder in entsprechenden Anstalten und Häftlinge herangezogen. Im Schwarzbuch ist von einem solchen Kinderheim in Urawa (Präfektur Saitama) die Rede, wo die Zöglinge unter dem Vorwand „Arbeits-erziehung“ gezwungen wurden, Säcke für die USA-Truppen in Vietnam herzustellen.

Japanische Firmen liefern an die USA-Truppen in Vietnam Napalmbomben, Transportmittel, kleine Raketen, Maschinenpistolen, Gewehre, Tropenschuhe, Dieselmotore, Kabel, Ersatzteile für Kraftwagen u. a. m. Es liegen auch Angaben über Sprengstofflieferungen vor. In japanischen Betrieben werden in Vietnam beschädigte USA-Flugzeuge repariert.

Nach Angaben des japanischen Ministeriums für Außenhandel und Industrie bezifferten sich die „Spezialaufträge“ in Japan 1966 auf 470 Millionen Dollar. Nach Ansicht der Verfasser des Schwarzbuchs widerspiegeln diese Angaben jedoch nicht den wahren Sachverhalt. Die Sache ist die, daß die aus Japan im Auftrag der USA-Truppen exportierten Güter nicht zollpflichtig sind, deshalb sind die japanischen Behörden außerstande, ihren Umfang zu kontrollieren. Bekannt sind sogenannte „direkte Abmachungen“ zwischen amerikanischen Militärs und japanischen Unternehmern unter Umgehung der entsprechenden Behörden. Nach Schätzung des Schwarzbuchs werden in Japan jährlich „Spezialaufträge hintenherum“ für mindestens 100 Millionen Dollar erfüllt.

Ein Abschnitt des Schwarzbuchs setzt sich mit der Zusammenarbeit der japanischen „Selbstschutzkräfte“ mit den amerikanischen Truppen in Japan auseinander. Die „Selbstschutz“-Bodentruppen zählen gegenwärtig mehr als 171 000 Mann, die entsprechenden Seestreitkräfte rund 36 000 und die Luftwaffe mehr als 40 000 Mann. Die „Selbstschutz-

kräfte" haben im ganzen Lande 1413 Stützpunkte und sonstige militärische Anlagen. Laut drittem Verteidigungsplan für 1967—1971 ist eine weitere Verstärkung und Ausrüstung der „Selbstschutzkräfte" vorgesehen.

Das japanische und das amerikanische Kommando planen regelmäßig für jedes Jahr gemeinsame Operationen. Im Einklang damit werden systematisch gemeinsame Manöver abgehalten. Das Schwarzbuch befaßt sich eingehend mit dem System des Zusammenwirkens der japanischen und der amerikanischen Truppen. Die „Selbstschutztruppen" nehmen an den Kampfhandlungen in Vietnam zwar nicht unmittelbar teil, von Zeit zu Zeit begeben sich jedoch Gruppen japanischer Offiziere nach Südvietnam, um die Lage, die Dschun-

gelkrieg-Taktik zu studieren und „Erfahrungen" zu sammeln.

Die Verfasser des Schwarzbuchs folgern, daß die japanischen „Selbstschutzkräfte" nur ein Anhängsel der Aggressionsmaschine des Pentagons in Asien sind.

„Vorgeschobener Stützpunkt des Aggressionskriegs in Vietnam", „größte Raketen- und Kernwaffenbase in Asien": So charakterisiert das Buch die von den Amerikanern besetzte Insel Okinawa. Auf 14 Prozent des Inselgebiets befinden sich 117 amerikanische Militäranlagen. Von Okinawa starten Bomber nach Vietnam. Über Okinawa gehen dorthin Proviant, Treibstoff, Medikamente, Waffen und Munition für die USA-Truppen ab. Die Insel ist ein Bindeglied zwischen den amerikanischen Truppen in Viet-

nam und allen anderen Stützpunkten der USA in Asien. Auf Okinawa werden Tausende amerikanische Soldaten fortgebildet, die dann nach Südvietnam versetzt werden.

Dem Krieg in Vietnam ein Ende setzen, die Handlangerdienste für die Aggressoren einstellen, die USA-Stützpunkte auflösen, die Kernwaffen verbieten, ein Wiederaufleben des japanischen Militarismus nicht dulden: mit diesen Parolen treten die Friedenskämpfer Japans auf. Das Japanische Friedenskomitee hat im Interesse des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker das Schwarzbuch herausgegeben, das diejenigen anprangert, die die Friedensliebe vortäuschen und mit den Aggressoren kollaborieren.

Tokio, im August

August 1967

10.—17. Josip Broz-Tito, der Präsident von Jugoslawien, bereist die VAR, Syrien und den Irak und verhandelt mit deren Staatsefs.

12. In Peking wird offiziell bekanntgegeben, daß Lin Piao zum Nachfolger Mao Tse-tungs bestimmt wird.

13.—17. Eine von Dmitri Poljanski, dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, geführte sowjetische Delegation hält sich in Kanada auf.

13.—19. Bundeskanzler Kiesinger hält sich in den USA auf und verhandelt mit Präsident Johnson und Mitgliedern seines Kabinetts.

14. In Kinshasa demonstrieren 200 000 Personen vor der belgischen Botschaft aus Protest gegen die Besetzung der Stadt Bukavu durch weiße Söldner.

● Pakistan feiert seine 20jährige Unabhängigkeit.

● Das Außenministerium der Mongolischen Volksrepublik protestiert in Peking in einer Note gegen die provokativen Überfälle von Mao-Trupplern auf die mongolische Botschaft.

15. Indien feiert seine 20jährige Unabhängigkeit.

● Der 15. Kongreß des Allgemeinen Tunesischen Studentenbundes beschließt dessen Austritt aus der Internationalen Studentenkongferenz, weil diese von der amerikanischen CIA finanziert wird.



16. Ministerpräsident Mahgoub (Sudan) äußert in einem Interview für den Khartoum News Service ernste Besorgnis über die subversiven Umtriebe der imperialistischen Kreise in seinem Land, die, seiner Ansicht nach, die Errichtung eines Marionettenregimes bezwecken.

17. Am Ägäischen Meer wird im Beisein des türkischen Ministerpräsidenten Demirel der Grundstein zu einer Erdölraffinerie gelegt, die mit Hilfe der Sowjetunion gebaut werden soll.

18. Das Außenministerium der UdSSR richtet an Peking eine Protestnote gegen die Exzesse der Mao-Truppler vor der sowjetischen Botschaft in Peking.

● England erhält von den USA zum Ankauf amerikanischer Militärflugzeuge 500 Millionen Dollar Anleihe.

● Der ehemalige Angehörige der amerikanischen Marine John Copping, 33 Jahre alt, der in einem Lazarett bei Los Angeles lag, hat sich aus Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam selbst verbrannt.

● Die USA lösen auf dem Versuchsgelände in Nevada die 18. unterirdische Kernexplosion dieses Jahres aus.

● In Hamburg findet eine Gedenkfeier für Ernst Thälmann, den Vorsitzenden der KPD, und Rudolf Breitscheid, den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Reichstag, statt, die 1944 im KZ Buchenwald umkamen.

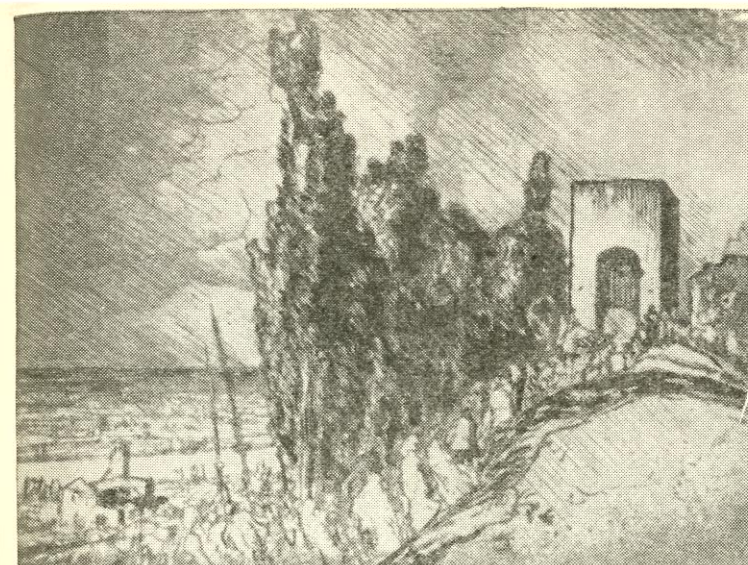
19. In El-Arish, einer Stadt auf der Sinai-Halbinsel, die von den israelischen Truppen besetzt ist, wird ein Generalstreik durchgeführt.

19.—20. Die SP Japans hält einen Außerordentlichen Parteitag ab. Dieser wählt Seiichi Katsumata zum Parteivorsitzenden und Koichi Yamamoto zum Generalsekretär.

20. Das Außenministerium der UdSSR richtet an die Botschaft der Volksrepublik China in Moskau eine Protestnote gegen die Willkürakte und Gesetzwidrigkeiten, die sich die chinesischen Behörden im Hafen Dalny sowjetischen Handelsschiffen und ihren Mannschaften gegenüber zuschulden kommen lassen. Sie verstoßen gegen allgemein anerkannte völkerrechtliche Normen und gegen die geltenden sowjetisch-chinesischen Handels- und Seefahrtabkommen.

● In Bagdad gelangt eine sechstägige Konferenz der Wirtschafts-, Finanz- und Erdölminister der arabischen Länder zum Abschluß.

20.—21. In New Haven, Baton Rouge und einigen anderen Städten der USA kommt es erneut zu Negerunruhen.



Radierungen von Frank Brangwyn

Der bekannte britische Grafiker Frank Brangwyn hat der Sowjetunion mehr als dreihundert seiner Werke geschenkt. Die besten von ihnen waren auf einer Ausstellung in Moskau zu sehen. Hier drei Radierungen Brangwyns: **Tor in Assisi**; **Treidler und Pont Marie zu Paris**.



Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski